

Der finanzkapitalistische Zeitenwechsel in der Geschichte des Kapitalismus

Heinz-Dieter Haustein

Bernau bei Berlin

Dezember 2008

Inhalt

Vom Bankkapital zum Finanzkapital	3
Finanzkapital in den USA bis zur „Mutter der Krisen“	5
Regulierung mit dem New Deal	8
Deregulierung als Wundermittel gegen fallende Profitraten	11
Wehe, wenn sie losgelassen, wachsend ohne Widerstand ...	15
Finanzkapital im freien Flug	17
Universelle Wechselwirkung der Krisenfaktoren statt einbahnige Kausalität	22
Menetekel der Megakrise	24
Der Finanzhimmel wird geerdet	28
Rette sich wer kann	30
Was kommt danach ?	32
Literatur	37

Prof. Dr. rer. oec. habil. Heinz-Dieter Haustein
Breitscheidstraße 29 16321 Bernau bei Berlin Tel. (03338) 5784 e-mail Heinz-D.Haustein@t-online.de

Das wirtschaftliche Auf und Ab wird gern mit den Begriffen Expansion, Boom, Stagnation, Rezession, Depression, beschönigend als Konjunkturzyklus beschrieben; das Wort Krise oder Krisenzyklus war den Politikern seit langem suspekt und im Mediensprech war es daher auch nicht üblich. Das hat sich nun seit Sommer 2008 geändert. Das Wort Finanzkrise ist seither in aller Munde. Die sehr lange Geschichte des Geldes, der Banken, Finanzen und Steuern mit ihren Zickzacks lässt grüßen.

Vom Bankkapital zum Finanzkapital

Der erste „Bankenkrach“ der Weltgeschichte wurde 371 v. Chr. in Athen provoziert durch die verlorene Schlacht von Leuktra. Schlagartig hoben damals viele Athener ihre Einlagen bei den Geldwechslern am Piräus ab und verursachten damit wahrscheinlich Bankrotte oder gingen leer aus. Die Finanzspekulation geht zurück auf die Römer mit ihren Steuern, die in den Provinzen des Riesenreichs reichlich in die Taschen der publicani (Zöllner) flossen. Diese privaten Steuerpächter machten gute Gewinne und Spekulationsgeschäfte mit den Statthaltern und der Geldaristokratie. Die Staatspachtgesellschaften pressten mit Wucherzinsen von 33 1/3 Prozent die Provinzen aus. Zur Zeit ihrer größten wirtschaftlichen Macht gab es förmliche Aktiengesellschaften (societas publicorum) mit Direktoren (magistri), zahlreichem Personal und Gewinnbeteiligung je nach Kapitalanlage. *Horaz* (65-8 v. Chr.) meinte, Geld könne Herr oder Sklave sein, „richtig bewertet sollte es nachtraben an handfestem Stricke, nicht Treiber sein.“ Nicht selten wird heute die Maßlosigkeit von Finanzmanagern aus der Gier, also einer moralischen Eigenschaft von Menschen abgeleitet. Da waren schon die antiken Philosophen und Dichter klüger, *Horaz* und *Juvenal* (58-130) bemerkten, dass die Geldgier mit der Geldsumme und ihrer Vermehrung wächst, also im heutigen Ausdruck objektiv systemisch erklärt werden muss. Die römischen Geldleute sagten *Ibi fas, ubi proxima merces* – Wo das meiste Geld, da ist das Recht. Noch drastischer war Kaiser *Vespasian* mit seinem „pecunia non olet“ – Geld stinkt nicht.

Die Börse und die Börsenspekulation haben eine lange Geschichte seit der 1531 gegründeten Börse von Antwerpen und der Tulpenspekulation von 1633 in den Niederlanden. 1852 gründeten *Emile* und *Isaac Péreire* in Paris die Aktienbank *Crédit Mobilier* unter dem Patronat von *Napoleon III.* *Emile* war ursprünglich von *James Rothschild*, dem Chef des führenden Bankhauses besonders gefördert worden, wie *Heinrich Heine* berichtete. Die Brüder *Péreire* hatten die Idee der aktiven Einwirkung des Bankgeschäfts auf das Wirtschaftsleben und kreditierten den boomenden Eisenbahnbau in Frankreich (über 6000 km Eisenbahnnetz), in Österreich-Ungarn, Spanien, Russland und der Schweiz. Später brachte die Bank Kleinaktien in Massen auf internationale Handelsplätze. Die Presse wurde bestochen und ein Werbefeldzug gestartet. Kurse wurden manipuliert, indem hohe Dividenden ausgeschüttet wurden und dadurch die Gewinnsucht des Publikums angestachelt wurde. Die hohen Dividenden stammten nicht aus Gewinnerwartungen von Unternehmen, schon gar nicht aus realen Profiten, sie wurden aus der Agiotage, dem Kursgewinn genommen. Es war fiktives Kapital par excellence. Der Kurs der Aktien wurde bis auf 1800 Prozent hochgetrieben, 1855 wurden 47 Prozent Dividende gezahlt. Die Bank gründete auch Tochterbanken im Ausland. In der Wirtschaftskrise 1866/67 und der damit verbundenen Baisse der Börsenkurse unterlag sie den Attacken des Hauses *Rothschild*, dem sie lange Zeit als Konkurrenten Schwierigkeiten bereitet hatten. In seinem Leitartikel der *New-York Daily Tribune* vom 9. Oktober 1856 hatte *Karl Marx* geschrieben, dass sich die Spekulanten in den großen Handelskrisen von 1817, 1825, 1836, 1847/48 in ihrer Manie jeweils auf ihre Branche beschränkt hatten. „Hingegen ist das herrschende Prinzip des *Crédit Mobilier*, des Trägers der gegenwärtigen Manie, nicht die Spekulation auf einem gegebenen Gebiet, son-

dern die Spekulation an sich und die allgemeine Ausbreitung des Schwindels in dem gleichen Maße, wie ihn die Gesellschaft zentralisiert.“ (MEW 12, S.49). Er verweist ferner darauf, dass es grobenteils englisches Kapital ist, das die Schlagadern der *Crédit Mobilier* und ihrer europäischen Filialen mit dem himmlischen Nass füllt.

Ein anderes Beispiel ist die Große Depression der Jahre 1873 bis 1894 mit einem so gewaltigen, das System gefährdenden Preisverfall, dass zu einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise, zur Monopolbildung fortgeschritten werden musste. Es entstanden die marktbeherrschenden Großunternehmen *Carnegie Steel Company*, *Standard Oil*, *Anaconda Copper Company* und die großen Investment-Banken wie das Bankhaus *J. P. Morgan* für die Finanzierung von Fusionen, den Kauf kleiner Unternehmen und die Vermarktung von Effekten der Eisenbahnen. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz wurde durch den Monopolkapitalismus abgelöst. Auch der Staat hatte eine aktive Rolle im Wirtschaftsverkehr der Bundesländer und bei der Regulierung des Finanzsystems. Es gab direkte Staatsfinanzierung zum Beispiel beim Bau der ersten Telegraphenleitung zwischen Washington und Baltimore und beim Eisenbahnbau der neugegründeten *Union Pacific Railroad Company* nach dem entsprechenden Gesetz von 1864.

Schon Anfang des 19. Jahrhunderts wurde das Wort Finanzen, aus dem Französischen für Zahlungen, im Deutschen für die Einnahmen und Ausgaben des Staates verwendet. Noch jüngeren Datums ist der Terminus Finanzkapital, der im 19. Jahrhundert noch nicht benutzt wurde, er ist bei *Marx* als „Geldkapital“ zu finden. Erst 1909 erschien als Buch eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus von dem österreichischen Arzt, Ökonomen und späteren Politiker *Rudolf Hilferding* (1877-1941) mit dem Titel *Finanzkapital*. Darunter verstand er die Erscheinung, dass mit der Konzentration des industriellen und kommerziellen Kapitals in Kartellen, Trusts und Monopolen ein Konzentrationsprozess des damit verbundenen Bankkapitals stattfindet, der sich zugleich immer mehr verselbständigt. Weitsichtig schrieb er: „Das Finanzkapital bedeutet die Vereinheitlichung des Kapitals. Die früher getrennten Sphären des industriellen, kommerziellen und Bankkapitals sind jetzt unter die gemeinsame Leitung der hohen Finanz gestellt, zu der die Herren der Industrie und der Banken in inniger Personalunion vereint sind. Diese Vereinigung selbst hat zur Grundlage die Aufhebung der freien Konkurrenz des Einzelkapitalisten durch die großen monopolistischen Vereinigungen. Damit ändert sich naturgemäß auch das Verhältnis der Kapitalistenklasse zur Staatsmacht.“ (S. 445). Geldbewegung, Kapitalmarkt, Aktienemission, Zins, Risiko, Fiskalismus sind einige der Schlüsselbegriffe. Da es sich um ein sehr komplexes Beziehungsgeflecht von Realwirtschaft, Geldwirtschaft und Staat handelt, in dem das Finanzkapital operiert, gibt es heute keine allgemein anerkannte Definition. Es lässt sich aber nicht bestreiten, dass es einen besonderen Korpus von Institutionen gibt, die Geld gegen Zins verleihen oder Geld als Zins oder Dividende einnehmen und andere Geldgeschäfte tätigen. Mehr noch, man kann auch in Zahlen ausdrücken, welche Geldsumme den Kreislauf des Realkapitals und welche Geldsumme den Kreislauf des Finanzkapitals erfasst.

Das Weltfinanzvermögen erfasste im Jahre 2006 167 Billionen \$ und das Welt-Bruttoinlandsprodukt BIP 48 Billionen \$, im Jahre 1970 war es noch ein Verhältnis von 12 zu 6,8 Billionen. Die Ansprüche an die Produktion schweben immer höher im Vergleich zur Realwirtschaft. Das Verhältnis der Wachstumsraten p. a. ist 7,6 zu 5,5 Prozent. Man kann auch beispielsweise für die Bundesrepublik Deutschland das Wachstum des Bruttosozialprodukts BSP, die Summe der Ein- und Ausgaben in der Handels- und Dienstleistungsbilanz HDB und die Summe der statistisch erfassten finanziellen Neuanlagen und Liquidationen FNL in ihrer Entwicklung seit 1960 beobachten und wird feststellen, dass die Finanzgröße FNL erstmals 1990 das Volumen des BSP und 2002 bereits das höhere Niveau der HDB überholte. Warum haben die westdeutschen Professoren der Wirtschafts-

wissenschaften eigentlich bis 1991 den Begriff Finanzkapital nicht verwendet, wie *Artur Woll* in seinem Wirtschaftslexikon mit 120 akademischen Mitarbeitern aus dem gleichen Jahr zu diesem Stichwort schrieb. Wollten sie es als scheues Reh im Wald des Realkapitals belassen, das es schon längst nicht mehr war ?

Finanzkapital in den USA bis zur „Mutter der Krisen“

Die Geschichte des Finanzkapitals in den USA im zwanzigsten Jahrhundert lieferte die historische Trampolin für den globalen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Sie ist zugleich mit der Geschichte der modernen öffentlichen Regulierung, dem Wechselspiel von Unternehmen, Industriemonopolen, Finanzwelt und Staat verbunden. Bereits im Jahre 1878 hatte der österreichische Nationalökonom *Emil Sax* (1845-1896) Vorschläge für staatlich regulierte Unternehmen gemacht. In den Wirtschaftskrisen in den USA 1882, 1893 und 1903 verschärften sich Konflikte der Kapitalverwertung und ihrer sozialen Folgen, die eine institutionelle Lösung und damit eine Staatseinmischung erheischten. Das hing zusammen mit den schon erwähnten extremen Konzentrationsprozessen in der Wirtschaft. In den USA beherrschten Kartelle, Trusts und Holdinggesellschaften zum Ende des 19. Jahrhunderts bisweilen ganze Wirtschaftszweige wie die bereits erwähnten *Rockefellers* Standard Oil Company, *Carnegies* Steel Company und das Bankhaus *J. P. Morgan & Co.* 1907 wurde zu einem Krisenjahr in den USA, Deutschland und Japan. Während der Krise in der Amtszeit des Präsidenten *Theodore Roosevelt* organisierte *John Pierpont Morgan* (1837-1913) im Auftrag des Bundesschatzamt einen Fonds zur Unterstützung notleidender Unternehmen. In den Folgejahren wurde die Regulierungsproblematik von den Vertretern des industriellen Großkapitals, der Banken und des Staates heftig diskutiert, war doch früher bereits das *Sherman-Antitrust-Gesetz* wenig effektiv und die althergebrachte amerikanische Staatsaversion noch sehr mächtig. *J. P. Morgan*, Eigentümer einer der größten Privatbanken der USA, hatte 1901 die Carnegie Steel Corporation und sechs weitere Holdings mit von ihnen beherrschten Unternehmen der Stahlindustrie gekauft und mit seiner neuen US Steel Corporation 60 Prozent des Marktes dominiert. Seine engen Beziehungen zur Administration waren eine Frühdämmerung dessen, was viel später kurz und präzise staatsmonopolistischer Kapitalismus genannt wurde.

Im Jahre 1913 wurde die institutionelle Basis für die amerikanische Finanzpolitik durch ein Gesetz des Kongresses geschaffen, das von Präsident *Thomas W. Wilson* (1856-1924) unterzeichnet wurde. Die lange diskutierte Reform war die Folge der Bankenpanik von 1907, sie musste gegen die Opposition der kommerziellen Banken durchgesetzt werden. Für den Fiskalismus, die Haushalts- und Steuerpolitik des Staates gab es das Bundesschatzamt (Treasury) und zusätzlich wurde das Federal Reserve System („die FED“) gegründet, das für die Geldpolitik zuständig ist. Die USA wurden in 12 Distrikte mit je einer Notenbank (Reserve Bank) geteilt. Das Anfangskapital der 12 Notenbanken wurde gezeichnet von den kommerziellen Mitgliedsbanken. Die Notenbanken sind automatisch Mitglieder der FED. Die Leitung der FED obliegt dem durch den USA-Präsidenten auf 14 Jahre ernannten Board of Governors mit sieben Mitgliedern mit Bestätigung durch den Senat. Zwei Mitglieder der Regierung, der Finanzminister und der Währungskommissar waren im Board vertreten. Der Vorsitzende der FED ist zugleich Präsident der New York FED. Sechs der je neun Direktoren der Reservebanken werden von den 6000 Mitgliedsbanken des föderalen Reservesystems gewählt, die 85 Prozent des Kapitals aller kommerziellen Banken repräsentieren. Insgesamt hatten die USA 1980 15 000 Banken, drei Viertel davon haben keine Filialen. Die Kernfragen der Geldpolitik werden im Federal Open Market Committee FOMC entschieden. Es gibt zwei Stellgrößen der FED für den Kreditstrom

in der Volkswirtschaft. Die erste ist der jeweilige Diskontsatz der 12 Bundesreservebanken, bei denen die Geschäftsbanken täglich Millionen oder Milliarden Dollar pumpen. Der Vorsitzende der FED ist zugleich Vorsitzender des Offenmarktschalter-Komitees FOMC. Über den Offenmarktschalter stellt die FED als zweite Stellgröße den kommerziellen Banken die Highpowered Reserves, d. h. die Gelder zur Verfügung, die sie für die normale Gestaltung des Geldangebots benötigen. Die FED kauft und verkauft Bundesschatzbriefe mit einem täglichen Umsatz heutzutage von 500 Mio. bis zu einigen Mrd. \$. Das System arbeitet mit strenger Geheimhaltung, es braucht für seine einzelnen Operationen keine Bestätigung durch den Kongress. Es ist aber laut Gesetz als öffentliche Einrichtung grundsätzlich verantwortlich gegenüber dem Kongress. Die Dividenden der FED sind staatliche Mittel. Dabei geht es um alle Gebiete des Finanzkapitalmarkts: die Börse, das Kreditgeschäft, den Anleihen- und Pfandbriefmarkt (langfristige Anlagen von 2 bis 30 Jahren), Hypothekenmarkt, Depotgeschäfte, Sparkontenführung, Halten von Staats- und Kommunalanleihen und kurzfristigen Geldmarkt. Es gibt ständige Flüsse zwischen den verschiedenen Anlagearten.

Die FED kreiert Geld quasi am Computer. Sie kauft Schatzbriefe vom Dealer oder leiht einer Geschäftsbank Geld über das Diskontfenster. Das geschieht, indem die FED den Betrag dem Bankkonto des Dealers gutschreibt oder dem Konto der Geschäftsbank. Damit pumpt sie Geld in den Finanzmarkt, das in weitere Stellen wechseln kann. Andererseits verschwindet Geld aus dem Umlauf, wenn über den Offenmarktschalter Schatzbriefe verkauft werden oder eine Geschäftsbank ihre Diskontanleihe zurückzahlt. Mit einem einfachen Eintrag ins Hauptbuch über den Computer wird das Geld aus dem Umlauf genommen. Neues Geld kreierten seit langem auch die Geschäftsbanken. Sie machten es durch neue Darlehen, indem sie anstehende Darlehen in ihren Büchern erweiterten. Routinemäßig borgten sie Geld von einer Gruppe von Depositoren und lenkten es als Vermittler zu anderen Borgern. Aber dabei blieb es nicht, sie erweiterten auch ihren eigenen Rahmen der Kreditvergabe. Auf diese Weise entstand ein Kreditvolumen, dessen Maß zukünftige Ertragserwartungen und nicht, wie früher, bisherige Geschäftserfolge waren.

Die Banken nutzten die magische Ressource confidence (Vertrauen) in ihr Geschäft, in die FED und in die Geldstabilität. Das ist das massenpsychologische Problem des Geldes. Sein historischer Nachweis sind die tausende legendären Bankenpaniken seit dem Mittelalter. Geld hat einen Fetischcharakter. Die Geldillusion beeinflusst das Verhalten der Menschen, die sich nicht an Realgrößen, sondern an Nominalgrößen orientieren. Heute ist die Abstraktion des Geldes am höchsten getrieben mit den hochspekulativen sogenannten Finanzinnovationen. Das ganze System der FED beruhte formal auf exakten mathematischen Gleichungen. Seine soziale Funktion aber bestand darin, das Zukunftsvertrauen in das Geld zu konditionieren so wie die ägyptischen Hohepriester mit göttlicher Lizenz für das Komende, das sie als gute oder schlechte Erntejahre bestimmen konnten.

Das Volumen der Geldbewegungen zwischen der FED und den Banken damals per Telefon und Telex war manchmal bis zu 100 Mio. \$ am Tag. Der Preis für diese Operationen war die Federal Funds Rate FFR, die bei schnell wachsender Nachfrage wuchs und bei hohen Bankreserven im Vergleich zum geringen Kreditbedarf sank. Das war eine Orientierungsgröße für die Tendenz des Zinses, die von der FED für ihre Aktivitäten benutzt wurde. Wenn die FED die FFR erhöhte oder verringerte, folgten die Zinsen verschiedener Geldpapiere. Weniger Erfolg hatte die FED, wenn sie an der Schraube der langfristigen Zinsen drehte. Sieben Jahrzehnte nach Gründung der FED gab es in den USA bereits mehr als 400 000 Beschäftigte des Finanzwesens, Finanzangestellte der Unternehmen, spezialisierte Devisenhändler (Broker), Fondsmakler und Bankangestellte. Auch das ist eine Messgröße der Institution Finanzkapital.

Wenn man die Superfinanzkrise des neuen Jahrhunderts erlebt, ist es aufschlussreich zu rekapitulieren, wie es zum großen Börsenkrach von 1929 kam und welche Schlüsse daraus später gezogen wurden. In den zwanziger Jahren gab es in den USA eine wahre Spekulationsmanie. Man konnte Aktien zu einem Kurs erwerben, der manchmal an einem Tag um 10 Prozent stieg. Von 1925 bis 1929 stieg der Dow-Jones-Index um das 3,8 fache, also um 39,6 Prozent pro Jahr. Die schnellen Käufe stimulierten sich gegenseitig, niemand verlor. 1929 traf es alle, die professionellen und die Amateurspekulanten, den kleinen Mann, Millionäre und große Unternehmen. Die Aktie von United States Steel fiel vom Hoch 261 im Jahre 1929 bis auf das Tief von 21 im Jahr 1932. Studebaker fiel auf den Nullwert. Im Jahre 1928 leitete *Benjamin Strong* die FED, der im Oktober dieses Jahres starb. Drei Monate vor seinem Tod warnte er einen Arbeitskollegen in der Leitung der FED, dass Banken und Investoren in einer gefährlichen Welle der Börsenspekulation mit hochgetriebenen Kursen gefangen sind. Er schrieb ferner, dass man einen schlimmen Bruch im Aktiengeschäft und eine Panikwelle im Geldgeschäft verhindern muss. In dieser Zeit hielt der Schweizer Bankier *Felix Somary*, der die Situation in New York aufmerksam beobachtete, am 14. September 1928 einen Vortrag vor dem „Verein für Socialpolitik“ und damit den damals führenden Nationalökonomien Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Er warnte vor der kommenden Krise wegen der einmalig hohen Spannen zwischen Leihrate (Effektzins) und den Spitzenwerten des Effektenmarktes (Aktien, Obligationen, Pfandbriefe, usw.) , die weiter wuchsen. Keiner von den anwesenden Theoretikern wollte diese Prognose akzeptieren, nach Somarys Zeugnis auch nicht der britische Wirtschaftswissenschaftler *John Maynard Keynes*, der damals noch wenig bekannt war.

In New York wuchs und wuchs die Spekulationsblase. Ab Donnerstag, den 24. Oktober 1929 fiel der Standard & Poor's 500-Index von 90 Börsentiteln von 245 auf 162. Sieben Milliarden Dollar Bankdarlehen an Investoren wurden wertlos. Der Dow Jones Aktienindex von 30 großen Industrieunternehmen verlor 508 Punkte, das entsprach einem verschwundenen Volumen von 500 Mrd. Dollar an einem Tag. Die FED reagierte passiv oder halbherzig, worüber Präsident *Herbert Hoover*, Präsident seit 1929 lamentierte. Die Geldmenge reduzierte sich in der Folge von Juli 1929 bis Juli 1933 um fast ein Drittel. Die gleiche Kritik über die Ignoranz und Ohnmacht der FED wiederholte sich sechs Jahrzehnte später nach dem Börsenkrach von 1987. Gründe des Absturzes war die Zinserhöhung der FED, der wachsende Verlust des Vertrauens in den Dollar, der rasante Anstieg der Aktienkurse und die Computerisierung des Aktienhandels, die erst die Ausführung großer Ordermengen in Sekundenschnelle ermöglichte. In der Cyberspace-Wirtschaft (griech. kybernao – steuern) mutiert das Geld zu digitalen bits, zu reiner Information, die sich nahezu mit Lichtgeschwindigkeit bewegt. Ideologischer Hintergrund bei der FED war in den zwanziger Jahren der monetaristische Aberglaube, der Geldmarkt werde es schon richten. Als die Demokraten mit *Franklin D. Roosevelt* ans Ruder kamen, war die amerikanische Wirtschaft ruiniert und mit ihr das Bankensystem. Die Autorität und Reputation der FED war zerstört. Im Frühjahr 1933 vor der Präsidentenwahl gab es eine neue Welle von kollabierenden Banken, die hohe Arbeitslosigkeit stieg weiter und noch mehr Unternehmen waren bankrott gegangen.

In Europa kam es zum Anfang der dreißiger Jahre zu einer Masseninsolvenz von Banken. Die Länder Europas waren auf ausländische Darlehen , die in Form kurzfristiger Kredite gewährt wurden, besonders angewiesen. Aber die Gelder wurden vorwiegend für langfristige Vorhaben verwendet. Nach Ausbruch der Krise riefen die Auslandsgläubiger wegen der restriktiven Anleihepolitik der USA ihre Kredite zurück, was zum Zusammenbruch des Wirtschaftskreislaufs führte. In Deutschland kam es 1931 zum Zusammenbruch der Danatbank und der Dresdner Bank. Das *Brüning*-Kabinett hielt am Sparkurs fest und kürzte die Sozialleistungen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 5 Millionen 1931 auf 6,13 Millionen

im Jahre 1932. Die größte österreichische Bank, die 1855 gegründete Creditanstalt CA kontrollierte zwei Drittel der österreichischen Industrie. Sie hatte nur 8 Prozent Eigenkapital. Ihr Aktienbesitz wurde in der Krise entwertet. Die CA hatte ausländische Kredite genommen und mit hohem Risiko weitergereicht nach Jugoslawien, Rumänien, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Später wurde die CA saniert im Zusammenwirken von Regierung, Nationalbank und dem Hauptaktionär *Rothschild*, zwei Drittel musste der Steuerzahler begleichen.

Regulierung mit dem New Deal

Die „Mutter der Krisen“ von 1929 bis 1932 war zugleich die erste Regulierungskrise, indem sie deutlich machte, dass der Staat weitaus planmäßiger in den Wirtschaftskreislauf eingreifen muss. Das Wort Krise kommt vom lateinischen *crisis* (entscheidende Wendung) und altgriechisch *Krisis* (Zwiespalt, Entscheidung). Es hatte sich gezeigt, dass mit der Veränderung der Kapitalverhältnisse, der Entstehung einer schnell wachsenden Fraktion des Monopolkapitals, der Wachstumseinbruch viel empfindlicher und nachhaltiger wurde, weil das Beziehungsgeflecht der krisenverursachenden Faktoren unter den neuen Bedingungen größere Ungleichgewichte erzeugte. Einer in seinem Verhältnis zu seinem Anteil überproportionalen Verwertung des monopolistischen Kapitals stand nun eine ebenso unterproportionale Verwertung des nichtmonopolistischen Teils des Gesamtkapitals gegenüber. Die Bankrotte vieler mittlerer und kleiner Unternehmen in der Krise war sogar mit direkter Entwertung, mit der Vernichtung von Kapitalwert verbunden.

Der energische Präsident der First National Bank von Ogden im Bundesstaat Utah *Marines S. Eccles*, der seine Bank erfolgreich durch den schweren Sturm bugsierte, entwickelte 1933 bei einer Anhörung des Finanzkomitees des Senats seine neuen Ansichten über die Ursachen der großen Depression, den notwendigen Schwenk zur staatlichen Einflußnahme anstelle des monetaristischen Individualismus. Er forderte das, was später *Deficit Spending* genannt wurde, wirtschaftlich wirksames Geldausgeben des Staates, auch wenn es die Einnahmen des Staates überschreitet. Ferner Arbeitslosenunterstützung, öffentliche Arbeiten, landwirtschaftliche Fördermaßnahmen, Refinanzierung von Farmenhypotheken, Bundesversicherung für Bankendepots, eine zentralisierte FED, Steuerreform zur Umverteilung der Einkommen, Mindestlohngesetz, Arbeitslosenversicherung, Alterspensionen und Bundesregulierung der Börse und anderer wirtschaftlicher Sektoren. Dem aufmerksamen Auditorium sagte er: Entweder wir realisieren einen solchen Plan für den Kapitalismus oder uns wird ein Plan ohne Kapitalismus präsentiert. Damit meinte er die sozialistischen Ideenträger, die in dieser Zeit an Einfluss gewannen. Aus dem Jahre 1932 ist das Manifest einer Gruppe herausragender Kulturschaffender mit *Theodor Dreiser* bekannt, das die Abschaffung des Systems forderte, das die Verantwortung für die Krise trägt. Damals hatten die Sozialisten 885 000 Wählerstimmen bekommen.

Von März bis Juli 1930 beschloss der Kongress auf Drängen von *Roosevelt* staatliche Regulierungen für das Geld- und Kreditwesen, die Landwirtschaft, das Energiewesen und die Beschäftigung. 1934 und 1935 kam es zu weiteren sozialen Gesetzen. *Eccles* wurde zum Hauptarchitekten der neuen Wirtschaftspolitik des New Deal unter Präsident *Roosevelt*. Die Assoziation der US-Banken protestierte heftig gegen die Idee der Bundesgarantie für Bankendepots, auch die neue Regierung akzeptierte sie nicht, aber der Kongress realisierte sie durch ein Gesetz, das zur wichtigsten Bankenreform des New Deal wurde. Ferner wurde die FED ermächtigt, die aus der Kontrolle geratene Spekulation zu beseitigen, das heißt die hochspekulativen Investmentfonds-Transaktionen mit Leihkapital, wo man mit Zehntausenden von verfügbaren Dollar damals Hunderttausende von Dollar in Anlagen manipulieren konnte, zu eliminieren. Nach 1933 wurde im Bankensystem das kurzfristige

Anlagengeschäft vom Börsen- und langfristigen Fondsgeschäft per Glass-Steagall Act gesetzlich getrennt, um dubiose Wertpapiergeschäfte zu verhindern. Geschäftsbanken, Investmentbanken und Versicherungen mussten separat operieren. Unter *Eccles* wurde die FED straff reorganisiert. Sie regulierte die Angebotsrelationen des Geldes. Die zwölf Reservebankpräsidenten wurden den sieben Gouverneuren der FED subordiniert. Allerdings wurde das Board of Governors weiter von direkter politischer Kontrolle der Administration isoliert, indem der Finanzminister und der Währungskommissar als Mitglieder der Regierung nicht mehr im Board waren. Jedoch hatte *Eccles* als Berater des Präsidenten einen praktischen Status als Kabinettsmitglied. Diese Konstellation erwies sich in der Zukunft nach *Eccles* als nicht günstig. In der späteren Arbeit der FED tendierten die zwölf Bankpräsidenten mit den Entscheidungen der Jahre 1965 – 81 zu 80 Prozent in konservativer Richtung zur Geldverknappung. Die etwas weniger konservativen Gouverneure lehnten in diesen Jahren in 60 Prozent ihrer Entscheidungen ein größeres Geldangebot ab. Zum New Deal gehörten öffentliche Sicherheiten für insolvente Banken, ein Gesetz zur Umschuldung von notleidenden Wohneigentümern, Beschäftigungsprogramme für 3,5 Millionen Jobs für Erwachsene und 2,5 Millionen Jobs für Jugendliche. 1935 kamen dazu soziale Maßnahmen im Gesundheitswesen, Stärkung der kollektiven Rechte der Gewerkschaften und Maßnahmen gegen unfaire Praktiken von Unternehmern.

Die Finanzpolitik des New Deal erwies sich als produktiv in der Überwindung der tiefen Wirtschaftskrise. Es kam zu stabileren Wachstumsraten, niedriger Arbeitslosigkeit und zum Wachstum des Haushaltsdefizits von 22 Mrd. Dollar 1933 auf 48 Mrd. Dollar 1941 im Jahr von Pearl Harbor und 280 Mrd. Dollar zum Kriegsende 1945. Im Jahre 1939 konnte eine Rezession nicht verhindert, aber abgeschwächt werden. Nach dem Krieg stieg die Inflationsrate und 1948 weigerte sich der neue Präsident *Truman*, *Eccles* als Chef der FED eine weitere Amtszeit zu geben, weil dieser die Inflation durch höhere Diskontsätze bekämpfen wollte. Unter dem Präsidenten *Dwight Eisenhower* erlangte die FED eine größere Unabhängigkeit von der Regierung und konnte die Zinsrate je nach Bedarf ändern. In diesen Jahren gab es drei Rezessionen, für mindestens zwei war die FED direkt verantwortlich. 1953 lag die Inflationsrate bei unter ein Prozent. Die FED sorgte zunächst für eine scharfe Geldverknappung und korrigierte sich zu spät. Es entstand eine Rezession, die bis 1954 dauerte. 1957 öffnete die FED das Geldventil, aber es war wieder zu spät, um eine diesmal kurze Rezession aufzuhalten. Im April 1960 begann nach einer Periode der Erholung erneut eine wirtschaftliche Rezession, sechs Monate nachdem die FED das Geldangebot verringert hatte. Die FED hat starken, aber keinesfalls allumfassenden Einfluss auf die Wall Street bzw. den Geldmarkt. Ihre Maßnahmen können zielführend, ergebnislos oder konträrwirkend sein, wie die Geschichte zeigt. Die Wall Street (Börse, Banken, Broker) beobachtet das Verhalten der FED. Dafür gibt es FED-Wächter, die als Finanzanalysten nichts anderes tun. Sie verfolgen die Wochendaten der Banken, die Kreditrends, die allgemeine Wirtschaftslage und versuchen die Entscheidungen der FED frühestmöglich zu antizipieren.

Das Konzept des New Deal wurde später als Keynesianismus bezeichnet. *John Maynard Keynes* (1883 – 1946) hatte schon 1926 weitblickend in London die Arbeit „Das Ende des laissez faire“ publiziert, die allerdings damals noch wenig beachtet wurde. Ein halbes Jahrhundert nach *Karl Marx* suchte er wie dieser nach den inneren Ursachen der Wirtschaftskrisen und lehnte die Theorie von *J. B. Say* (1767-1832) ab, wonach sich jedes Angebot eine Nachfrage schafft. *Marx* erklärte das Phänomen aus der Tendenz des Kapitals zur schrankenlosen Vergrößerung des Angebots bei gleichzeitiger Kostensenkung und damit Lohn- und Kaufkraftminierung, also dem Widerspruch zwischen Produktion und realer Konsumtion. Sie ist die historische Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm, in Produktionsmittelbesitzer und Nichtbesitzer. Dass diese objektive Systemten-

denz eines Tages auch zur globalen Umweltkrise führen wird, war zu Marxens Zeiten noch nicht absehbar. Ganz anders erklärte *Keynes* die Wirtschaftskrisen. Es sind nach ihm psychologische Faktoren am Werk, mit anderen Worten, der abstrakte Mensch ist schuld und war es schon immer. Bis heute herrscht diese unhistorische Denkstruktur bei den Neoliberalen vor. Als psychologisches Grundgesetz bezeichnet *Keynes* die „Sparneigung“. Wer etwas verkauft, müsse ja nicht gleich wieder kaufen, eine simple abstrakte Erklärung für die Krisenentstehung. Er ist ausdrücklich für größere Konsumausgaben der Betuchten, aber keineswegs für Lohnerhöhungen der Arbeiter. Den Lohndrückern empfiehlt er, ihre Ziele leichter zu erreichen durch Preissteigerungen. Den Zins erklärt *Keynes* aus dem psychologischen Faktor der „Vorliebe für Liquidität“. Seine Rezepte sind niedriger Zinsfuß, Senkung des Reallohns, also höhere Inflationsrate im Vergleich zur nominalen Lohnentwicklung, Förderung des Luxusverbrauches der Reichen, großzügige Zuschüsse für Privatunternehmen, niedrigen realen Dollarpreis, der das Ergebnis der Differenz von Zinsfuß und Inflationsrate ist. Hinzu kommt der historische Faktor der Kriege und ihrer Vorbereitung, der die kapitalistische Profitmaschine auf Hochtouren bringt und zugleich die Kapitalvernichtung auf die Spitze treibt.

Die amerikanische Praxis im 20. Jahrhundert zeigt, dass die *Keynessche* Medizin für die kapitalistischen Krisen durchaus wirkte, allerdings oft mit irregulären Effekten und ohne Beseitigung des Grundwiderspruchs dieses Systems. *Keynes* hatte gewissermaßen das Sagen bis zum Ende der 60er Jahre. In den sechziger Jahren unter den Präsidenten *Kennedy* und *Johnson* galt es, durch aktive Haushaltspolitik des Staates die Privatwirtschaft zu stimulieren, Steuern zu senken und mit der FED den Geldfluss zu erleichtern. Im Ergebnis war die Arbeitslosigkeit viel niedriger als vor Kennedys Amtszeit, als sie noch bei 7 Prozent lag, die Inflationsrate betrug 1965 2 Prozent. Das änderte sich durch den Vietnamkrieg und 1973 mit dem Erdölpreis-Schock der OPEC. Die Inflationsrate stieg von 2 % im Jahr 1972 auf 12 % im Jahre 1974, die Industrieproduktion sank um 15% und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich um 9 % mit mehr als 8 Mio. Arbeitern ohne Jobs. Die stabilen Wechselkurse wurden abgeschafft und damit wuchs der globale Finanzmarkt und seine Volatilität schneller als in der vorherigen Periode. Die hohe Inflation ärgerte den Geldadel, die Konservativen in den USA sind Advokaten des „harten Geldes“, mit dem das Kapital geschützt wird. Der Theoretiker des Monetarismus *Milton Friedman* lieferte das Rezept für die neue Wirtschaftspolitik. Es bestand in der Abkehr von der bisherigen Haushaltspolitik und in der Festlegung einer festen Geldangebots-Wachstumsrate von drei bis vier Prozent pro Jahr für die Geldmenge M1 (kurzfristige Kredite). Die Devise hieß von nun an „Money matters“, das Geld macht es schon. Die FED beschuldigte er, mit ihrer Politik die hohe Inflation hervorgerufen zu haben. In Wirklichkeit war die massive Inflation an sechs Zeitpunkten der USA-Geschichte jedesmal durch außerordentliche Ereignisse, nämlich durch Kriege entstanden. Die erste durch den Unabhängigkeitskrieg, die zweite nach dem Krieg mit England 1812, die dritte schärfste während des Bürgerkriegs 1863-65, die vierte nach dem ersten Weltkrieg, die fünfte 1946 und die sechste durch den Vietnamkrieg bis 1973.

Die Internationalisierung des Bankwesens begann bereits 1930 mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Nach dem zweiten Weltkrieg versuchten die kapitalistischen Länder auf der Konferenz in Bretton-Woods (USA) 1944 das Weltwährungssystem zu ordnen. Das Gold war noch Weltgeld, aber der Goldstandard funktionierte nicht mehr. Als Leitwährungen sollten der Dollar und das Pfund fungieren. Die Zentralbanken konnten ihre Dollarguthaben bei den USA in Gold eintauschen. Die 1945 neugeschaffenen Institutionen Internationaler Währungsfonds IWF und die Weltbank hatten die Aufgabe bekommen, die Stabilität der Wechselkurse, die Konvertibilität der Valuten und die Gewährung von Valutakrediten bei Zahlungsbilanzkrisen zu sichern. Das System erhielt einen ersten Tiefschlag, als Präsident *Richard Nixon* am 15. August 1971 die Goldkonvertibilität

des Dollars annullierte. 1973 zerbrach das Bretton-Woods-System fester Wechselkurse im Ergebnis einer starken Flucht aus dem Dollar.

Deregulierung als Wundermittel gegen fallende Profitraten

Im Jahre 1979 wurde von Präsident *Jimmy Carter* ein brillianter Finanzexperte, *Paul Volcker* zum Chef der FED berufen. Bei einer sehr hohen Inflationsrate von 13,5 Prozent hat der neue Chef der FED die Diskontrate auf 10,5 Prozent erhöht. Diese Maßnahme blieb jedoch wirkungslos. Er ging dann den Weg der Verringerung des Geldmengenzuflusses von M1 und hatte Erfolg, die Wirtschaft begann wieder zu florieren, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Aber die Kredite wurden teurer und die Inflation blieb hoch.

Die neoliberale Zeitenwende der führenden westlichen Industrieländer begann in Großbritannien mit der Ära *Margaret Thatcher* ab 1979 und in den USA mit der Ära *Ronald Reagan* ab 1981. *Milton Friedman* nannte später diese Periode, die bis heute dauert, stolz neoliberale Konterrevolution. Im April 1980 kam es zur Neuorientierung der Wirtschaftspolitik unter *Thatcher*, vor allem durch Zinserhöhungen, Abbau von Sozialleistungen, Privatisierung von Staatsunternehmen, Senkung der Steuern für Unternehmen, Bevorzugung der Inflationsbekämpfung vor der Beschäftigungssicherung und weitere Maßnahmen der Deregulierung. 1981 wurde *Ronald Reagan* Präsident der USA, dessen Wirtschaftspolitik den ideologischen Mustern des Monetarismus folgte. Dazu gehörte die Senkung der Steuern für Unternehmen und Reiche bei gleichzeitiger Steigerung der Rüstungsausgaben und Kürzungen im sozialen Bereich. Die soziale Infrastruktur des New Deal wurde weitgehend liquidiert: Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung und Mietzuschüsse.

Worin lag eigentlich die wirtschaftshistorische Ursache für den großen langfristig angelegten ideologischen und realen Schwenk zum extremen und nachhaltig individualistischen Liberalismus zugunsten der vermögenden Klassen. Sie bestand in dem deutlichen langfristigen Rückgang der Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität nach 1973, dem Jahr des schon erwähnten Sprungs der Rohölpreise der OPEC im Vergleich zu der vorangehenden Periode. Gleichzeitig entstand der Trend zur Stagnation und zum tendenziellen Fall der kapitalbezogenen Profitrate in der Industrie. Man kann es auch als die Krise des fordistischen Akkumulationsregimes bezeichnen. Das war eine Botschaft, die Kapitaleigentümer und ihre politische Lobby nicht gleichgültig ließ. Der Fall der Profitrate beförderte Überproduktion, Spekulation, die große Krise 1974/75 in den westlichen Industrieländern, überflüssiges Kapital und überflüssige Arbeitskraft. Die Preisrevolution des Erdöls war der Auslöser, der das Wirtschaftssystem der westlichen Industrieländer durchschüttelte und damit seine Schwächen offenbarte. Sie war sogar der Sargnagel für die sowjetische Wirtschaft, deren Insolvenz eine amerikanische Ökonomin Mitte der achtziger Jahre vorhersagte. GOSPLAN, die sowjetische Wirtschaftsbehörde, war nämlich 1973 damit überrascht worden, dass ihr Ölexport wesentlich höhere Preise realisieren konnte und lenkte den unverhofften Dollarsegen in die klassischen Schornsteinindustrien, eine kontraproduktive Strategie, die das globalwirtschaftliche Zurückbleiben zementierte und verstärkte. Die Amerikaner hatten damals schon den ersten Mikroprozessor, das erste Solarhaus und entwickelten die Grundlagen der informationstechnologischen Revolution und ihrer industriellen Nutzung.

Unter *Ronald Reagan* wurden drei Hauptlinien konservativer Wirtschaftspolitik der Zeit vor *Roosevelt* wiederhergestellt. Erstens der Monetarismus des *Milton Friedman*, wonach man nur den Geldstrom kanalisieren und manipulieren muß, um die Krise zu bekämpfen. Zweitens galt es, die progressive Einkommenssteuer durch eine degressive zu ersetzen, damit die Reichen mehr investieren und verbrauchen können. Drittens sollte eine ausgeglichene Haushaltspolitik an die Stelle des verschwenderischen Deficit Spending treten. Als

Reagan an die Macht kam, waren die Bemühungen der FED gescheitert, mit Geldmengenverknappung die Rezession zu überwinden, die Zinsraten begannen zu schwanken mit einem Kreditnachfragen-Wachstum zwischen 23 % und 10 %. Der neue Präsident umriss sein neues Konzept in seiner Inauguraladresse mit dem Satz: „Die Regierung (der Staat) ist nicht die Lösung, sie ist das Problem.“ Er lehnte die Formen der zentralen Wirtschaftslenkung durch den Staat ab. Das hinderte ihn nicht daran, die Staatsausgaben für die Rüstung drastisch zu erhöhen, das Geschäft mit dem militärisch-industriellen Komplex garantiert stets Superprofite. Die FED sollte künftig ihre Geldlenkung ohne staatliche Einwirkung realisieren. Sie konfrontierte die Inflation mit Geldverknappung durch hohe Zinssätze, während die *Reagan*-Administration gleichzeitig mit Steuersenkungen dagegenarbeitete. 1981 reduzierte die FED die kurzfristige Zinsrate, was zum Wachstum der langfristigen Zinsrate führte. Gleichzeitig fielen die Preise festverzinslicher Anleihen. Die FED stocherte im Nebel. Es kam zu einer weiteren Rezession. Die Tiraden gegen die Staatseinmischung dienen nur der Vernebelung wirtschaftshistorischer Zusammenhänge. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der globalen Stufenleiter der Wirtschaft reichen Monopole und Oligopole nicht mehr aus, die Bedingungen der Kapitalverwertung zu sichern. Staatsintervention ist unerlässlich zur Sicherung des sozialen Gleichgewichts, dessen Verletzung für die Wirtschaft gefährlich ist.

Das neue Steuergesetz von 1981 war so generös für die Unternehmen, daß die größten Gesellschaften negative Steuersätze bekamen, das heißt der kleine Steuerzahler half direkt die private Profitrate des Kapitals zu erhöhen. So wurden die Arbeitnehmer dreifach abkassiert (Löhne, Preise, Steuern). Die effektive Steuerrate für Finanzinstitutionen wurde von 5,8 % im Jahr 1980 auf -3,8% im Jahre 1982 gesenkt. Es kam zu einem Multiplikationseffekt des Vermögenszuwachses, bei dem die Superreichen der höchsten Zufluss erhielten. Washington trat auf den Gashebel, während die FED auf die Bremse trat. Die prime rate, der Zinssatz der Geschäftsbanken für erstklassige Kunden des kurzfristigen Geldes, stieg auf 20,5 %. Die FED und der Anleihenmarkt beschuldigten dafür die Regierung mit ihrer Steuer- und Haushaltspolitik, obwohl sie das selbst frühzeitig angeheizt hatten. Jahre der hohen Inflation hatten den Unternehmen und der Gläubigerklasse hohe Erträge und billige Kredite in realen Dollarwerten gebracht. Der reale Preis des Geldes wird nämlich durch die bereits erwähnte Differenz von Zinssatz und Inflationsrate bestimmt. 1980, als die FED den nominalen Zinssatz erhöhte, lag der reale Zinssatz der Banken bei mehr als 4 % und im Sommer 1981 bei 9 %. 1981 sprang der reale Zinssatz von 2,9 auf 5,1 %. Die nominalen Zinssätze waren erhöht worden und die Inflationsrate ging zurück. Der Finanzsektor florierte und es entwickelten sich enorme Spekulationsmöglichkeiten, während die produktive Wirtschaft einen höheren Preis zahlen musste im langfristigen Vergleich. 1981 war der reale Preis des Dollars am höchsten seit 50 Jahren und stieg weiter im Ergebnis der Deflation. Schon *Thorstein Veblen* (1857-1929), der Begründer des Institutionalismus, schrieb, dass in den USA im deutlichen Unterschied zum Europa seiner Zeit der Mensch nach dem Geldeinkommen ganz direkt beziffert und geachtet wird, und die meisten Amerikaner akzeptieren diesen Standard bis heute. Das ist wohl eine der schlimmsten und folgenreichsten kulturellen Verfallswirkungen des Kapitalismus. In der Rezession von 1981/82 hatte die US-Wirtschaft 570 Mrd. Dollar Verlust durch Produktionsreduzierung. Davon hatten nach einer Untersuchung des Urban-Instituts in Washington 58 % die Lohnabhängigen zu tragen, 25 % die Minderprofite von Unternehmen und 13 % die Farmer und Kleinunternehmen. Dreiviertel der Opfer hatten die kleinen Leute zu verkraften, am meisten die schwarze Bevölkerung.

1982 kam es zur deutlichen Widerlegung der *Milton Friedmanschen* Theorie durch die wirtschaftliche Praxis. Obwohl die Geldmenge für die Privatwirtschaft erhöht wurde, verlangsamte sich der Umlauf des Geldes dramatisch und strafte alle monetären Standardglei-

chungen Lügen. Das bedeutete, daß ein bestimmtes Volumen von M1-Geld (kurzfristige Kredite) nicht das Niveau der ökonomischen Aktivität erzielte, das man erwarten musste. Die Umlaufgeschwindigkeit war die Achillesferse der *Friedmanschen* Theorie. Die verlockende Einfachheit seiner Doktrin, die Geldmenge M1 zu erhöhen und alle anderen Strategien zu vergessen, erwies sich als großer Flop. 1983 kam es im Ergebnis der Rezession seit 1981 zu einem Rückgang der Preise und zur Eindämmung der Inflation. Das begünstigte nicht die Kreditnehmer oder Borger, sondern die Gläubiger. Familien, die Häuser auf Kredit gekauft hatten, hatten von Preissteigerungen profitiert, weil sie ihre Kredite im billigeren Dollars zurückzahlen konnten. Nun drehte sich der Geldwind um 180 Grad, alte Kredite mussten in harten Dollars zurückgezahlt werden. Der Tankstellenbesitzer in Baltimore konnte einen 25 %-Kredit bei einer Inflationsrate von 13 bis 14 % leicht bedienen, aber nicht bei einer Rate von vier Prozent. Die reale Zinsrate stieg auf niedagewenene 8 % und mehr.

Im Jahre 1984 begann die Großoffensive des finanzkapitalistischen Neoliberalismus. Mit einem höheren Dollar war jede Geldmenge in Finanzpapieren profitabler und sicherer. Dagegen waren Realinvestitionen im Land, Häuser, Fabriken, Maschinen, Öl und Rohstoffe die Verlierer. Die Lösung für höhere Renditen war, das Geld in Finanzanlagen zu stecken und nicht in neue Fabriken. Es begann die Herrschaft des Shareholder Value, das heißt, die Aktienbesitzer forderten vom Management überdurchschnittliche Renditen und rigorose Kostenreduzierungen durch Massenentlassungen und andere Maßnahmen. In den USA haben die börsennotierten Unternehmen seit 2000 die Hälfte des Fremdkapitals für den Rückkauf ihrer eigenen Aktien eingesetzt, um den Kurs nach dem Shareholder-Prinzip zu erhöhen. Damit wurde de facto der Kapitaleinsatz für Investitionen und Forschung und Entwicklung gekürzt.

Der Chef der Deutschen Bank *Ackermann* postulierte für die Unternehmen eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent als zu empfehlende Zielmarke. Das ist ein Appell an die Realwirtschaft, sich höher zu verschulden, denn die Eigenkapitalrendite ist in der Leverage- oder Hebelformel bei gegebener positiver Differenz von Gesamtkapitalrendite des Unternehmens und dem Fremdkapitalzins linear abhängig von dem Verhältnis Fremdkapital zu Eigenkapital. Zu den Paradoxien der Renditerechnung gehört also der Umstand, dass die Eigenkapitalrendite mit dem Verschuldungsgrad des Unternehmens wächst. Renditen des Eigenkapitals von mehr als 20 Prozent bei Wachstumsraten der Produktion von 1 bis 2 Prozent sind hochriskant und führen daher regelmäßig zu einem hohen Abschreibungsbedarf, den man vorher nicht kalkulieren kann wegen der Undurchsichtigkeit der Kredittransaktionen. Unternehmen wurden aufgekauft mit geborgtem Geld, darunter Trödelfinanzpapiere oder Schrottpapiere (Junk Bonds mit schlechter Bonität bzw. hohem Risiko), die durch die künftigen Profite des Unternehmens gedeckt werden sollten. Oft hat der feindliche Übernehmer das Unternehmen kannibalisiert, das heißt weniger profitable Teile verkauft. Es kam zu einer perversen neuen Dynamik in der amerikanischen Wirtschaft und einer Reihe von Unternehmenszusammenbrüchen im Ergebnis der sinkenden Preise. Kredite mussten in harten Dollars zurückgezahlt werden und gleichzeitig fielen die Preise der realen Hypotheken-Gegenwerte wie Farmland oder Ölreserven. Die Gewerkschaften mussten Massenentlassungen und Lohndumping hinnehmen. Der Durchschnittsbürger freute sich über das Ende der hohen Inflationsraten, aber er registrierte kaum den grundsätzlichen Umschwung in der Wirtschaft zugunsten des Finanzkapitals.

Die *Reagan*-Administration betrieb in dieser Zeit entgegen ihrer anfänglichen Verlautbarungen praktisch eine defizitäre Haushaltspolitik und die FED arbeitete mit hohen Zinssätzen. Sie steuerte damit gegen eventuell auftretende inflationäre Tendenzen. Ihre neue Stellgröße war der „reale Preis des Dollars“ als Ergebnis der Differenz von Zinssatz und Inflationsrate. Die hohe reale Zinsrate zog massenhaft ausländisches Kapital an, mit dem

das wachsende Haushaltsdefizit finanziert werden konnte. Der Rohölpreis betrug 1983 28,85 Dollar je Barrel, drei Dollar weniger als im Jahre zuvor und fiel weiter. In Brasilien lag er bei 50 bis 60 Dollar je Barrel. Die großen Autounternehmen gaben großzügig niedrige Zinssätze beim Autokauf auf Kredit. Verlierer des harten Dollars waren die amerikanischen Farmer und Gewinner die ausländischen Lieferer von Autos, Maschinen, Stahl, Computerchips usw. Amerikanische Exporteure waren ebenfalls Verlierer. Das Unternehmen *Capillar Tractor* verlor Absatzmärkte und musste Fabriken schließen. Andere Unternehmen begannen ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Es traf wieder vor allem die Arbeiterklasse.

Nach einem kurzen *Reagan-Boom* kam es zu einer Periode unbefriedigender Wachstumsraten und hoher Arbeitslosigkeit. Die FED nutzte ihre Mittel, um das Geld- und Finanzrisiko niedrig zu halten und das Risiko der Verluste von Produktion und Jobs hoch zu lassen. Das war die Botschaft der neuen Herrschaftsära des Finanzkapitals. *William Greider*, der alle diese Perioden fakten- und ideenreich analysiert, bringt keinerlei Daten über den eigentlichen kapitalistischen Mechanismus. Oft genug zeigt er, daß die Stellgrößen Zinsrate, Inflationsrate, Geldmenge bei ihrer Handhabung zu nicht beabsichtigten oder gegenwirkenden Ergebnissen führen. Man erfährt nichts über die nominale und reale Dynamik der kapitalbezogenen Profitrate, des Durchschnittslohns und der Kapitalvermögen. Er ist ein kritischer Ökonom und Journalist, aber nur innerhalb der grundsätzlichen Akzeptanz der kapitalistischen Strukturen und ohne das geheimgehaltene Eingemachte anzutasten. Eine seiner präzisen Feststellungen ist, dass das „harte Geld“ im Grunde eine Illusion ist, eine statistischer Kunstgriff, der die harsche Realität verdeckt. Das sogenannte neutrale Geld ist nur eine ökonomische Abstraktion und es ist keineswegs neutral. Es gaukelt ein befriedigendes Gefühl sozialer Ordnung vor, während die wirtschaftliche Wirklichkeit in ständiger Unordnung ist. 1985 rutschte die US-Wirtschaft wieder in eine schwache Phase, während der Hartdollarmacher *Paul Volcker*, Chef der FED, die Geldmenge M1 um 8 % erhöhen wollte und sie tatsächlich um 11 % stieg, von 563 Mrd. Dollar auf 627 Mrd. Dollar. Die Geldumlauftrate ging schnell zurück. Die hochgelobte Monetarismus-Philosophie war praktisch am Ende. Das begriff auch *Volcker* und er gab es auf, in andere Richtung zu steuern. Die Chefs des Bundesschatzamts versuchten in Abstimmung mit der FED und führenden Industriestaaten, den Dollar auf den früheren Wert von 1981 zu reduzieren. Das funktionierte auch, aber gleichzeitig verschlimmerte sich wider Erwarten die Lage der Exportindustrien weiter und das Haushaltsdefizit wuchs 1986 auf 170 Mrd. Dollar.

Ab Februar 1986 kam es unter den Bedingungen sinkender Ölpreise zu einem explosiven Boom an der Börse und auf dem Kreditmarkt. Die Preise und Zinssätze fielen, die Finanzpapiere erholten sich deutlich, die Finanzmärkte wurden immer profitabler. Wenige Wochen später war das Spiel zu Ende. Die Arbeitslosigkeit wuchs, Banken kamen in Schwierigkeiten, das Wachstum ging zurück auf 0,7%, aber die Aktienwerte stiegen. Die Inflation war von den Farmern und Fabriken zur Wall Street gewandert. Von 1979 bis 1987 stand *Paul Volcker* an der Spitze der FED. Er konnte mit seinem Konzept der hohen Zinssätzen nicht verhindern, dass es zu einem Prozeß der extremen Kreditschöpfung und exzessiven Verschuldung von kleinen Unternehmen, Farmen und der einfachen Konsumenten kam.

Volcker wurde zum Architekten des finanzkapitalistischen Zeitenwechsels in der Geschichte des Kapitalismus. *Milton Friedman* und auch *John Maynard Keynes* ließen grüßen. Ausgangspunkt ist die Ableitung des Wertes von Finanzpapieren aus oft dubiosen Projektionen der zu erwartenden Profite. Wenn alles gut läuft, warum soll man da nicht zukünftige Gewinne prognostizieren. Sobald es mit massenpsychologischer Verschärfung von leichten Wolken schließlich zum Zusammenbruch des Profitvertrauens kommt, verlieren die Schuldscheine ihren Wert und die Spekulationsblase platzt. Mit Inflations- und mit

Deflationpolitik kann die Politik scheitern, so oder so. *Greiders* Annalen der US-Financen enden 1987, als nach der Leitzinserhöhung der Notenbank der Dow Jones am 16. Oktober 108 Punkte verlor und am 19. Oktober kollabierte mit einem täglichen Verlust von 500 Mrd. Dollar. Der neue Chef der FED hieß *Alan Greenspan*, er reduzierte die nominale Zinsrate und pumpte Milliarden von Dollar ins kaputte Bankensystem.

Wehe, wenn sie losgelassen, wachsend ohne Widerstand ...

In den neunziger Jahren kam es mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Übergang zur Marktwirtschaft in den osteuropäischen Planwirtschaften zur weltweiten forcierten Anwendung des neoliberalen Wirtschaftskonzepts und einer entsprechenden Schocktherapie in Russland mit verheerenden Folgen. Den größten Erfolg nachhaltiger Ruinierung einer großen Volkswirtschaft in Russland hatte die sofortige Freigabe der Preise, während einige der wichtigsten Preise für Bodenschätze niedrig gehalten wurden. Wer Erdöl nun zum niedrigen Rubelpreis aufkaufen und im Westen für Dollars verkaufen konnte wurde in kurzer Frist milliardenschwerer Oligarch. Erfüllungsgehilfen dieser Wirtschaftspolitik der damaligen G-7- Länder waren die Weltbank und der Internationale Währungsfonds IWF, wie *Joseph Stiglitz* feststellte.

Es wurde ein breites Portefeuille von Maßnahmen entwickelt, dessen Realisierung die Bedingungen für die Megakrise des beginnenden 21. Jahrhunderts schuf. Die erste Gruppe von Maßnahmen betrifft die Kapitalmarktliberalisierung, die nach einer Untersuchung von 100 Wirtschaftskrisen seit 1975 in verschiedenen Ländern durch *Stiglitz* der wichtigste Auslösefaktor war. Sie führte zu Wellen der Spekulation, zur Abschottung des Bankensystems von der politischen Einflussnahme und zur Kapitalflucht, die vor allem die Entwicklungsländer schwer traf. Die Milliarden Dollar des IWF, mit denen Staaten unterstützt wurden, machten dort die Spekulation rentabel. Ein Teil der Spekulanten verlor, andere machten Gewinne, insgesamt aber strichen sie eine Summe ein, die dem entsprach, was der betreffende Staat verlor. Wenn der Staat Banken mit faulen Krediten aus der Affaire hilft, ist das wie eine Gratisversicherung, die den Anreiz zu solidem Geschäftsverhalten verringert. Zur Kapitalmarktliberalisierung gehört auch die Aufblähung des Kreditwesens durch immer neue sogenannte Finanzinnovationen und immer neue Finanzakteure oder Finanzinvestoren. Bei *Marx* liest man dazu, dass sich das zinstragende Kapital vervielfacht „durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiednen Händen unter verschiednen Formen erscheint. Der größte Teil dieses >Geldkapitals< ist rein fiktiv.“ (Bd. III, S. 514) Seit 1990 sind die globalen Kapitalflüsse bis 2006 um 14,2 Prozent p. a., das Weltfinanzvermögen um 8,9 Prozent p. a. und das nominale BIP um 5,2 Prozent p. a. gestiegen. Das Kredit- und Schuldensystem wurde in forciertem Tempo auf alle Bereiche der Gesellschaft bis zu den privaten Haushalten und den Kindern ausgedehnt. Für die Haltung einer Kreditkarte muss man in den USA jährlich mehr als 1000 \$ Zinsen und Gebühren bezahlen. Viele Bürger besitzen mehrere Kreditkarten verschiedener Anbieter. Nach der „Wealth creation theory“ des Neoliberalismus hat die Wirtschaftspolitik die Aufgabe, den Marktwert von Vermögenstiteln ständig zu erhöhen und eine Eigentümergesellschaft zu schaffen.

Die zweite Gruppe von Maßnahmen bezieht sich auf die restriktive Geldpolitik, die Sparprogramme, die der IWF Entwicklungsländern auferlegte. Sie führte in den lateinamerikanischen Ländern schon in den achtziger Jahren zu hoher Arbeitslosigkeit und zu sozialen Unruhen. Auch die Empfehlung billigen Geldes durch gleichzeitig hohe Zins- und Inflationsraten erwies sich als kontraproduktiv. Eine dritte Gruppe ist die Handelspolitik. Die rasche Außenhandelsliberalisierung führte oft zu unsozialen Folgen. Der Ausbeutung

der Entwicklungsländer wurde kein Riegel vorgeschoben. Kurz nach der Unabhängigkeit im Jahre 1996 zahlte das südafrikanische Diamantenkartell dem Staat Botswana 20 Millionen Dollar für Schürfrechte, die ihm pro Jahr 60 Millionen Dollar Gewinn einbrachten.

Als vierte Gruppe erscheint die Privatisierung, die Umwandlung staatlicher oder kommunaler Unternehmen in Privateigentum sowie verschiedene Formen der Enteignung kleiner Real- und Geldvermögen. Wenn man dort privatisiert, wo es keine funktionierende Wettbewerbsordnung gibt, führt das zu Monopolen. Private Unternehmen nehmen keine Rücksicht auf soziale Kosten der Erwerbslosigkeit. In Russland wurden Milliarden Rubel privat angeeignet. Für Unternehmungsprivatisierung wurden Anteilscheine an Belegschaftsangehörige ausgegeben, die im Druck der plötzlichen Inflation kaum Geld hatten und diese Anteile wurden schnell von korrupten Spitzenkräften des alten Regimes erworben, die dann die Unternehmen aufkauften. Das ist das gleiche Muster, nach dem fast vier Jahrhunderte vorher der große Ökonom *William Petty* (1623-1687) superreich wurde, der als Generalarzt der englischen Eroberungsarmee in Irland die Bodenscheine der Soldaten und Offiziere aufkaufte, die diese als Sold erhalten hatten. In Russland waren die Folgen der Marktöffnung nach den Empfehlungen der amerikanischen Berater katastrophal. Im Zeitraum von 1990 bis 1999 sank die Industrieproduktion um 60 Prozent und das Bruttoinlandsprodukt um 54 Prozent. Es entstanden eine mächtige Klasse von Oligarchen und viele Geschäftsbanken. Der IWF hatte Russland einen Kredit gewährt, der dem Land erlaubte, seine Oligarchen mit Dollars zu versorgen, die sie außer Landes schafften. Die Armut der russischen Bevölkerung wuchs von unter 2 Prozent 1989 auf 23,8 Prozent 1998 bei einer Armutsdefinition von 2 Dollar Einkommen pro Tag. Die Ungleichheit der Einkommen, gemessen mit dem Gini-Koeffizienten, war in Russland 1998 doppelt so hoch wie in Japan und 50 Prozent höher als in Großbritannien. Das Land war fast ein Jahrhundert nach der Oktoberrevolution ausgeplündert worden.

Eine letzte vielleicht wirksamste Gruppe von Maßnahmen bezieht sich auf das, was man als Wirtschaftsideologie oder Gesamtheit der neoliberalen oder neoklassischen Glaubensartikel bezeichnen kann. Privatisieren, liberalisieren, deregulieren ist die Botschaft der Chicago School of Economics, deren Begründer *Friedman, Hayek, Stigler, Solow* und andere alle den Nobelpreis erhielten. Es ist Predigen des braven Gottvertrauens in die unsichtbare Hand des Marktes, die sowieso alles richtet oder in die soziale Wunderwirkung des Wirtschaftswachstums per se. In Wirklichkeit ist das Gleichgewicht in der Marktwirtschaft selbst ein Zufall und die Störungen verschiedener Art und Größenordnung sind „naturwüchsige“ Normalität. Marktfundamentalismus bedeutet ferner, dass alles geschäftliche Handeln verkürzt wird auf die aktuelle Erzielung einer höchstmöglichen Rendite. *George Soros* meint, dass er eine wesentlich größere Bedrohung für die Gesellschaft als jede andere totalitäre Ideologie sei. Eine Trickle-Down-Theorie besagt, dass das wirtschaftliche Wachstum den Armen hilft, weil die Nutzeffekte dieses Wachstums schließlich zu den Armen durchsickern. Der Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 1979 *Arthur Lewis* (Großbritannien) behauptete, Ungleichheit sei gut für Entwicklung und Wirtschaftswachstum, da die Reichen mehr sparen als die Armen und Kapitalakkumulation der Schlüssel zum Wachstum ist. Ein weiterer Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 1971 *Simon Kuznets* (USA) postulierte, dass sich die Ungleichheit zuerst erhöht, aber dann kehre sich der Trend automatisch um.

Bezeichnend ist, dass nun der Nobelpreis selbst ein Opfer der neoliberalen Konterrevolution geworden ist. Im Jahre 2004 entschloss sich die Nobelstiftung dazu, die Ordnungsregeln für die Geldanlagen auf Bereiche mit höheren Zinsen und damit höheren Risiken wie zum Beispiel Hedge Fonds auszuweiten. Anfang Dezember 2008 wurde bekannt, dass in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr gewährleistet ist, dass die vollen Preissummen ausbezahlt werden können. Der Finanzmarkt wurde seit den neunziger Jahren wie ein Spielka-

sino betrieben. Der Entscheidungshorizont der Finanzleute lag bei maximal einem Quartal. Es wurden möglichst komplizierte Finanzprodukte ins Geschäft gebracht und Risiken an Leute verkauft, denen die notwendigen Informationen darüber fehlten.

Zu der deutschen Variante der Reaganomics kam es unter dem Kanzler der sogenannten Neuen Mitte *Schröder* unter der rot-grünen Koalition mit der Agenda 2010, den Hartz 4-Verordnungen und Deregulierungen. Im Ergebnis sank der Anteil der Arbeitseinkommen am BIP von 72,2 Prozent im Jahre 2000 auf 64,6 Prozent im Jahre 2007 bei sinkenden Reallöhnen. Dadurch reduzierte sich das Masseneinkommen um jährlich 130 Mrd. € Die Gewinnquote am Volkseinkommen stieg in der gleichen Zeit von 27,8 Prozent auf 35,4 Prozent. Die großen Privatvermögen konnten ein Plus von einer Billion € registrieren, das sich aus den Steuergeschenken und dem verlangsamten Lohnwachstum speiste. 826 000 deutschen Millionären brachte es ein zusätzliches Nettoeinkommen von über 100 000 € pro Kopf. Ab 2003 förderte die Regierung Kreditverkäufe durch Steuervergünstigungen.

Die Große Koalition beschloss im Jahre 2005, die Verbriefung (securitization) von Krediten zu Wertpapieren auszubauen. In einer Verbriefungstransaktion überträgt der Verkäufer (Originator) bestimmte Vermögenspositionen an einen Käufer. Der Käufer refinanziert diesen Kauf durch Emission von Wertpapieren auf dem Kapitalmarkt. Anders ausgedrückt, die Bank verpackt illiquide Forderungen in ein Wertpapier, das am Markt verkauft wird. Es ist das Gegenteil des klassischen Bankgeschäfts, das heißt eine Storno-Buchung des Bankgeschäfts. Die Bank ist nur der Zwischenhändler zwischen dem Kreditnehmer (Liquiditätskäufer) und dem institutionellen Investor (Liquiditätsproduzent). Die Politiker spielten mit diesen neuen Instrumenten, deren Wesen sie nicht durchschauten oder nicht durchschauen wollten.

Die Lobby der Konzerne im Bundestag setzte die Senkung der Steuern auf Gewinne und die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts durch. Die höheren Gewinne wurden weniger in neue Jobs, bessere Energieeffizienz oder Rücklagen investiert, sie flossen in Beteiligungen und höhere Dividenden für die Aktionäre. Damit wurden die lukrativen Finanzmärkte kräftig bedient ohne ausreichenden Hinblick auf die möglichen Risiken. Bereits 1992 lag der Anteil der bloßen Vermögenseinkommen an den Unternehmenseinkommen in Deutschland bei 50 Prozent gegenüber 7 Prozent im Jahre 1960, das zeigt den geringeren Stellenwert der Realwirtschaft im finanzdominierten Kapitalismus.

Die ersten Darlehensverkäufe gab es in den 1970er Jahren in den USA, um marode Kreditinstitute und Bausparkassen vor dem Ruin zu retten. Dieses System wurde in den folgenden Jahren weiterentwickelt. In den USA betrug der Bestand an verbrieften Forderungen (ABS Asset backed securities) im Jahre 1980 100 Mrd. \$ und im Jahre 2007 11 200 Mrd. \$, das entspricht einem jährlichen Wachstum von 9,4 Prozent. 27,2 Prozent des Bestandes von 2007 sind Hypotheken ohne Sicherheitsgarantien. Im Dezember 1997 war in der US-Investmentbank *J. P. Morgan* die Verbriefung von Zahlungsausfällen erfunden worden, die sogenannten Bistro-Papiere oder Credit Default Swaps CDS. Es sind Kreditausfall-Tauschgeschäfte, dabei versichert sich ein Sicherungsnehmer bei einem Versicherungsgeber gegen den Zahlungsausfall eines Referenzschuldners. Die Ansprüche aus diesen Schwindelpapieren betragen heute etwa 62 Billionen \$ weltweit. 1999 wurde das Glass-Steagall-Gesetz des New Deal durch den Druck der Finanzlobby auf den Kongress aufgehoben. Damit konnten Geschäftsbanken und Sparkassen voll in den Derivatehandel einsteigen und Zweckgesellschaften außerhalb ihrer Bilanzen und unbehelligt von der Finanzaufsicht gründen, in denen faule Papiere zwischengeparkt werden konnten. Die Phantasie der Finanzakrobaten ist kaum zu überbieten. Vielleicht wurde sie durch die vergleichbare Outsourcing-Manie der Realwirtschaft angeregt.

Finanzkapital im globalen freien Flug

In der Periode der informationstechnischen Umwälzung kam es zu einer gravierenden, sich beschleunigenden weltweiten Veränderung im Verhältnis von Realkapital und Finanzkapital. Das Produktionskapital, Sachkapital oder Realkapital ist im Geldausdruck die Summe der Aktiva aller produzierender Unternehmen, also der Wert aller materiellen und immateriellen Güter, die der Gewinnerwirtschaftung dienen, und der auf der linken Seite ihrer Bilanzen steht. Das Finanzkapital ist dagegen die Summe der kapitalisierten Gewinnerwartungen der Geldkapitaleigentümer einschließlich der kapitalisierten Erwartungen von Gewinnerwartungen, wenn man die modernen Formen des Finanzkapitals (Optionen, Futures und andere Derivate) berücksichtigt. Einerseits hängt das Finanzkapital in seiner Gesamtheit ab von der Existenz einer realen Profiterwirtschaftungssphäre, ist besonders über das Aktienkapital eng mit dieser verflochten und in diesem Sinne nicht imaginär, andererseits hat es sich in der Computer- und Internetwelt wie ein Phönix aus der Asche von den Grenzen des Raumes, Ortes, der Zeit und der Umstände befreit.

Die moderne Kommunikationstechnologie ermöglichte eine enorme Beschleunigung der finanziellen Transaktionen und Entscheidungen. Mit der Einführung von Derivaten und sogenannten Finanzinnovationen emanzipierte sich der Kredit mit Beginn der neunziger Jahre praktisch von den altgedienten bewährten Regeln des Geschäfts und der Geschäftsmoral. Die Schichten dieses neuen Finanzmarkts reichen von den relativ zahmen Optionen bis zum sehr problematischen Finanzhedging, den Geschäften zur Absicherung von Zins- und Wechselkursrisiken im Devisen-, Edelmetall- und Wertpapierhandel. Wertpapiere oder Effekten sind Geldanweisungen oder Wechsel (Schuldscheine) und Papiere, die den Ertrag repräsentieren wie festverzinsliche (Staatsschuldscheine, Obligationen), Aktien und Derivate. Eine risikoreiche Form sind die über Hypothekenwerte abgesicherten Wertpapiere (Mortgage backed securities MBS), die den Käufer zum Gläubiger eines Kreditnehmers, zum Beispiel eines amerikanischen Häuslebauers machen. Bereits 1997 führten die Umsätze von Derivaten weltweit zu Verlusten der Wertpapierhändler von 2,65 Billionen Dollar. Der Umfang der außerbörslichen Derivate (OTC Over the Counter) weltweit wird auf astronomische 550 Billionen geschätzt, dem Zehnfachen der gesamten Weltwirtschaftsleistung. In Deutschland wird ein Volumen das 60fachen des BIP im Derivatehandel bewegt. In Indien wuchsen die Investitionen in die riskanten Private-Equity-Fonds seit 2002 bis 2008 von 2 auf 17 Mrd. \$. Die Private Equity Firmen kaufen mittelgroße Unternehmen, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken auf und verkaufen sie wieder mit hohem Gewinn nach einem radikalen Umbau mit Entlassungen und Lohnkürzungen. In den USA wurden in der Zeit des Präsidenten *Clinton* mit seinem Finanzminister *Robert Rubin* das neoklassische Modell weiter fortgeführt, es hieß später Rubinomics und bedeutete ausgeglichenen Haushalt, Freihandel und vor allem Deregulierung der Finanzmärkte. In der Zeit der *Clinton*-Administration behauptete der IWF, die Inflation würde in den USA steigen, wenn die Arbeitslosigkeit unter 6 Prozent fällt. Tatsächlich fiel die Arbeitslosigkeit auf 4 Prozent und die Inflation blieb aus. Der IWF gab auch den falschen Rat der Erhöhung des Diskontsatzes.

Das Volumen des Finanzkapitals übersteigt heute das weltweite Realkapital um das – zigfache, es sucht auf dem ganzen Erdball nach günstigen Expansionsmöglichkeiten mit überdurchschnittlichen Renditen. Bereits im Jahr 1994 betrug der Welthandel 7200 Mrd. Dollar, das Volumen der internationalen Bankgeschäfte lag bei 7500 Mrd. Dollar, der im Bereich der OECD gehandelten Wertpapiere bei 21500 Mrd. Dollar, der börsenamtlich notierten Derivate bei 8000 Mrd. Dollar, bei Over-the Counter-Geschäften schätzungsweise 7000 Mrd. Dollar. Im Jahre 2007 schätzte man den Tagesumsatz der Devisenspekulation auf 2,5 Billionen Dollar, von dem nur unter fünf Prozent durch Handelsgeschäfte und Pro-

duktionswirtschaft verursacht sind. Nach einer anderen Schätzung kamen im Jahre 2008 auf 250 bis 300 Dollar Devisen- und Finanztransaktionen ein Dollar realer Warenverkehr. Die schreiende soziale Ungerechtigkeit in einer Welt der wachsenden Armut zeigt sich im jährlichen Wachstum des Finanzvermögens der Dollarmillionäre von 19,2 auf 40,7 Billionen Dollar in den Jahren 1997 bis 2007, also um 7,8 Prozent p. a. nach dem „World Wealth Report“.

In den siebziger Jahren hatten die deutschen Unternehmen noch sechzig Prozent ihres Nettoeinkommens in ihre Betriebe gesteckt, um sie zu modernisieren und zu erweitern. Dieser Anteil ist später auf etwa 25 Prozent gesunken, 75 Prozent werden als Börsenkapital verwertet. Die Unternehmen, die an der Börse notiert sind, müssen ihr Verhalten nach den Ansprüchen der Aktionäre ausrichten, für höhere Gewinne und Wertsteigerung der Aktie sorgen.

Der Höhenflug des Finanzkapitals wurde ausgelöst in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, als in den Industrieländern der Zinssatz über die Wachstumsrate der Produktion stieg. Damit wurde es für die Unternehmen lukrativ, die erwirtschafteten Erträge profitabler im Finanzsektor zu investieren als in der Realwirtschaft. Es beginnt die Herrschaft des finanzdominierten Kapitalismus als eine neue Phase nach des staatsmonopolistischen Kapitalismus des 20. Jahrhunderts. Die von den Neoliberalen kultivierte Staatsaversion hat sich selbst ad absurdum geführt, betrachtet man heute die Größenordnung der weltweiten staatlichen Rettungspakete und Beteiligungsmaßnahmen für das hochverschuldete Bankenkapital. Heraus kommt ein neuer finanzdominierter Staatskapitalismus. Der britische Staat hat Vorzugsanteile im Wert von 25 Mrd. Pfund Sterling an acht großen Banken gekauft. Es hat sich herausgestellt, dass der Finanzmarkt im freien Spiel der Kräfte weder innovativ im positiven Sinne des Wortes noch effizient ist, wohl aber höchst instabil. Die Privatisierung der Finanzblasengewinne ist mit der Sozialisierung der Verluste verbunden. Beim Staat wuchs seit den neunziger Jahren das Defizit infolge wachsender Sozialausgaben im Ergebnis steigender Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig wachsendem Schuldendienst für die Kreditaufnahme. Ein weiterer Faktor waren besonders in den USA die Rüstungs- und Kriegsführungsausgaben.

Das bereits erwähnte Shareholder-Value-Prinzip ist eine totale Absage an die frühere Form der europäischen Unternehmensleitung, die die langfristige innere technisch-wirtschaftliche und soziale Logik ihres Produktionsprozesses respektierte, förderte und nicht nur auf kurzfristige Ertragseffekte setzte. Dominanz der Kurzfristrendite und des Interesses an der Erhöhung der Marktpreise von Vermögenswerten ist ein gefährlicher Irrweg. Zusammen mit der zunehmenden Privatisierung öffentlicher sozialer und kultureller Bereiche, dem florierenden Handel mit Unternehmensübernahmen oder Schließungen ohne Rücksicht auf die Belegschaften, dem Ersatz des Hausbankensystems durch das verzweigte, unübersichtliche und flüchtige Transactional Banking und dem zunehmenden Verlust ethischer Grundsätze ehrlicher Geschäftsführung entstand eine Ideologie der ultimativen monetären Logik oder Ultra-Plusmacherei, die immer mehr das gesellschaftliche und individuelle Denken und Handeln beherrscht. Porsche fährt mehr Finanzgewinn als Umsatz ein. Gleichzeitig wird die Verfügung über das Realkapital immer mehr vom Finanzkapital wahrgenommen. Der Verwertung von Eigentumstiteln wird die produktive und innovative Aktivität der Volkswirtschaft geopfert. Ein Muster dafür ist WorldCom, das als kleines Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie 1983 von *Bernie Ebbers* gegründet wurde. Es erlebte einen fulminanten Aufstieg mit einer Expansion durch 75 aufeinanderfolgende Übernahmen weiterer Unternehmen, einer Marktkapitalisierung von 192 Milliarden Dollar 1999 (3 Mrd. Aktien zu je 64 Dollar) und einem weltweiten Marktanteil von 50 Prozent. Im Juni 2002 notierte die Aktie nur noch mit 9 Cent, die Milliarden hatten sich in Luft aufgelöst. Die Ursache für den Zusammenbruch war das Ignorieren des ent-

standenen Überangebots der Branche in der Euphorie und Illusionsbildung, die der Kapitalmarkt mit seinen Kapriolen hervorruft. Ferner wurde der Bilanzbetrug von neun Milliarden Dollar seit 1999 schließlich ruchbar.

Nicht nur WorldCom, der überwiegende Teil der Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie der USA geriet in die Überschuldungskrise und die Summe der Verluste erreichte die astronomische Größenordnung von 2 Billionen Dollar (10^{12} \$). Es war die Zeit der New-Economy-Blase auf dem Rücken der informationstechnologischen Revolution mit steilem Anstieg der Aktienkurse der relevanten Unternehmen. *Marx* nannte solche Prozesse im Zusammenhang mit technischen und anderen Umwälzungen oder Innovationen Wertrevolutionen, die in irgendeiner Form überwältigt und ausgeglichen werden. „Erleidet der gesellschaftliche Kapitalwert eine Wertrevolution, so kann es vorkommen, dass sein individuelles Kapital ihr erliegt und untergeht, weil es die Bedingungen dieser Wertbewegung nicht erfüllen kann. Je akuter und häufiger die Wertrevolutionen werden, desto mehr macht sich die automatische, mit der Gewalt eines elementaren Naturprozesses wirkende Bewegung des verselbständigten Werts geltend gegenüber der Voraussetzung und Berechnung des einzelnen Kapitalisten, desto mehr wird der Verlauf der normalen Produktion untertan der anormalen Spekulation, desto größer wird die Gefahr für die Existenz der Einzelkapitale.“ (Bd. II, S. 101) Unternehmen werden dann von Liquidatoren ausgeschlachtet durch den Salto vom Aktienkurs oder Marktwert gleich Null bis zum guten Gewinn aus dem Verkauf vorhandener Produktionsmittel aus der Konkursmasse zum Reproduktionswert. Ein solcher Salto für eine ganze Industrie war die plötzliche Einführung der DM für die ostdeutsche Industrie. Beim Verkauf von VEB durch die Treuhand 1990/91 zum Symbolwert 1 DM wurde davon ausgegangen, dass der Marktwert Null ist, weil schlagartig die Lohnstückkosten viel zu hoch waren, die Nachfrage wegen des übermächtigen Angebots der westdeutschen Konkurrenz zusammengebrochen war und die zu erwartenden Gewinne daher gleich Null waren.

In der Cyberspace-Wirtschaft ist das Verhältnis von Aktienkapital (Marktwert) zu Sachkapital (Buchwert) immer höher gestiegen. So hatte schon 1996 die IBM eine Relation von 4,26 zu 1 (70,7:16,6 Mrd.\$), während Microsoft auf 91,9 zu 1 (85,8:0,93 Mrd. \$) kam. Vor einigen Jahrzehnten hat *James Tobin*, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 1981 versucht, aus dieser Q-Ratio einen Bewertungsmaßstab für Aktien zu entwickeln, da er zu hohe Werte für risikoreich hielt.

Eine Form der Abkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft sind die Praktiken der Spekulation. Seit Ende der achtziger Jahre entwickelte sich schnell das Investmentgeschäft im globalen Rahmen. Viele Banken schufen eigene Investmentbereiche. Kontrollmechanismen waren abgebaut worden. Im Jahre 2001 hat die US-Notenbank den Zinssatz auf 1 Prozent gesenkt, um der Wirtschaft nach dem Platzen der Internetblase und des sogenannten Neuen Marktes wieder aufzuhelfen. Das animierte viele Millionen Familien mit geringem Einkommen, Hausbau oder Hauskauf mit billigem Hypothekenkredit zu finanzieren. In den Folgejahren wurde der Zinssatz schrittweise bis auf 4,5 Prozent erhöht, die Politik des billigen Geldes war vorbei und eine Vielzahl der Kreditnehmer war nicht mehr in der Lage, für den Schuldendienst aufzukommen. Fast 500 Milliarden Dollar an Hypotheken wurden faul, wie es im Fachjargon heißt. Die Banken hatten teilweise ihre Forderungen in hochkomplexe Wertpapiere umgewandelt und weltweit an Hedge Fonds oder große ausländische Banken verkauft. So hält zum Beispiel die Deutsche Bank 82 Prozent ihrer Vermögenswerte im Ausland. Hedge Fonds und Private Equity Fonds haben weltweit sehr viel Geld, sie konnten vor allem in den USA durch Spenden an Parteien sehr viel politische Macht an sich ziehen. Sie unterliegen nicht normalen Eigenkapitalvorschriften. Hedge Fonds wurden am 7. 11. 2003 vom Bundestag zum öffentlichen Betrieb mit dem neuen Investmentgesetz (InvG9) ab 1. Januar 2004 zugelassen. Im Amtsdeutsch nennt

es sich „Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“. Dadurch verringerten sich die Steuereinnahmen um 2,9 Mrd. € ein schönes Schnäppchen für die Spekulanten. Der ehemalige Chef der US-Technologie-Börse Nasdaq *Bernard Madoff* baute mit zwei Dutzend Hedge Fonds seiner Finanzfirma Investment Securities LLC (BMIS) ein 50 Milliarden Dollar schweres Schneeballsystem auf, dessen angeblich soliden Gewinne in Wirklichkeit aus beständig eingeworbenen Neuanlagen stammten. Die US-Börsenaufsicht SEC mit dem Vorsitzenden *Christoher Cox* hat das glatt übersehen.

Die kleine öffentlich-rechtliche Sachsen-Landesbank hat bei einer Bilanzsumme von 68 Milliarden Euro außerbilanziell 25 Milliarden Euro in schlechte Papiere investiert. Schon im August 2004 hatten Wirtschaftsprüfer im Auftrag der 2002 gegründeten Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen BaFin festgestellt, dass der Verwaltungsrat der Bank den Überblick verloren habe, ohne dass dies zu Konsequenzen führte. Die Bank arbeitete mit US-Schrottpapieren, indem der Vorstand in der Steueroase Dublin zwei Conduits (engl. Abdeckrohr!) gründete. Das sind Zweckgesellschaften, die nicht in der Bilanz der LB geführt werden und daher auch nicht von der Bankenaufsicht erfassbar sind. Für die Verluste dieser Bank und auch der Mittelstandsbank IKB, die 2007 ruckbar wurden, musste die öffentliche Hand und damit der Steuerzahler aufkommen. Das Verhalten der Finanzdirektoren hat *Karl Marx* 1856 am Beispiel der Royal British Bank präzise und heute noch gültig ausführlich beschrieben. Es sei nur ein Satz zitiert: „Es gab zwei Gruppen von Direktoren: die einen begnügten sich damit, ihr Gehalt von 10 000 Dollar jährlich dafür einzustreichen, dass sie nichts von den Angelegenheiten der Bank wussten und ihr Gewissen rein hielten, die anderen waren versessen auf die tatsächliche Leitung der Bank, doch nur, um ihre ersten Kunden oder, besser gesagt, Räuber zu sein.“ (MEW 12, S. 50). Das heutige Gehalt hat sieben Zehnerpotenzen.

In den neunziger Jahren entstand ein Schattenbankensystem mit den Investmentbanken im Zentrum. Spekulative Papiere wurden in riesigem Ausmaß und zu schnellwachsenden Preisen per Mausclick am Computer von Bank zu Bank und von Land zu Land ohne Kontrolle und ohne Risikoabsicherung der Beteiligten hin- und hergeschoben. Die Käufer verließen sich auf das Versprechen hoher Renditen, die gute Bonitätsbewertung privater Ratingsagenturen und die scheinbare Sicherheit von Derivaten, die bei Kreditausfall angeblich einspringen würden, in Wirklichkeit aber selbst wacklig waren. In der Bundesrepublik hat die Wirtschaftspolitik das falsche Finanzspiel noch 2005 angekurbelt. Die Bayern LB beschloss die Ausweitung ihres Derivategeschäfts. Im Programm der Großen Koalition wurde eine weitere Erleichterung von innovativen Wertpapiergeschäften versprochen. Seit 2007 investieren die großen Pensions-, Hedge- und Investmentfonds auf der Suche nach langfristigen, für sie sicheren und hohen Renditen spekulativ in Rohstoffindizes. Damit steigen die Roh- und Brennstoffpreise in abrupter Weise. Während der Erdölpreis im August 2007 70 \$ je Barrel betrug, war er Anfang Juni 2008 bereits auf 136 \$ gestiegen. Einen steilen Preisanstieg in diesen beiden Jahren erlebten Reis, Weizen, Mais, Soja, Kaffee, Kakao und andere Rohstoffe.

Man ist an *Bertolt Brecht* erinnert, der 1928 schrieb: „Für ein bestimmtes Theaterstück brauchte ich als Hintergrund die Weizenbörse Chicagos. Ich dachte, durch einige Umfragen bei Spezialisten und Praktikern mir rasch die nötigen Kenntnisse verschaffen zu können. Die Sache kam anders. Niemand, weder einige bekannte Wirtschaftsschriftsteller noch Geschäftsleute – einem Makler, der an der Chicagoer Börse sein Leben lang gearbeitet hatte, reiste ich von Berlin bis nach Wien nach -, niemand konnte mir die Vorgänge an der Weizenbörse hinreichend erklären. Ich gewann den Eindruck, dass diese Vorgänge schlicht unerklärlich, das heißt von der Vernunft nicht erfassbar, und das heißt wieder einfach unvernünftig waren. Die Art, wie das Getreide der Welt verteilt wurde, war schlechthin unbegreiflich. Von jedem Standpunkt aus außer demjenigen einer Handvoll Spekulanten war

dieser Getreidemarkt ein einziger Sumpf.“ (Brecht S. 40) Es ist ein System, das aus unzähligen widerspruchsvollen Teilrationalitäten besteht, die letztlich zu einer für Millionen Menschen verhängnisvollen Gesamtlogik führen. „Ohne Warnung öffnet sich der Vulkan und verwüstet die Gegend“, schreibt *Brecht* an anderer Stelle zu dem gleichen Thema. Heute ist das Finanzkapital im globalen freien Flug, ungehindert von Regulierungen, es dominiert immer mehr den Kreislauf des Realkapitals über Preis- und Profitzuwächse und zerstört die sozialen Gleichgewichte. In mehreren Ländern kam es bereits zu sozialen Unruhen mit Gewaltexzessen. Bisher gibt es auch in den renommierten Wissenschaftseinrichtungen der führenden Industrieländer keine soliden Untersuchungen der Verflechtung der Kreisläufe des Finanzkapitals, der Staatsfonds, des Realkapitals, des Naturressourcenverbrauchs und des sozialen Gleichgewichts ausgehend von den neuen gefährlichen strategischen Tendenzen. Es ist sehr schade, dass sich der junge befähigte wissenschaftliche Nachwuchs nicht mit dieser Aufgabe befasst.

Universelle Wechselwirkung statt einbahnige Kausalität der Krisenfaktoren

Die Komplexität der Wirtschaftskreisläufe, ihrer Verflechtung und sozialen Einbettung kann zu verschiedenen Zeiten zu den verschiedensten Störungen in den Knotenpunkten führen. Daher gibt es bisher keine schlüssige Theorie und schon gar kein ökonomisch-mathematisches Modell der Ursachen und des Ablaufs der Krisen. *Hilferding* erklärte Wirtschaftskrisen lediglich aus Zirkulationsstörungen oder Fehlern in der Preisgestaltung. *Marx* kam dagegen zu dem Schluss: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ (Bd.III, S. 528) Die Betonung liegt auf dem letzten Grund, da Marxens Kapitalanalyse viele weitere, vom guten oder bösen Willen und vom moralischen Versagen der Finanzleute unabhängige Bedingungen des Krisenzyklus einschließt. Er war vor allem nach dem Zeugnis von *Joseph A. Schumpeter* (1883-1950) der erste Ökonom, den das Verständnis der wirtschaftlichen Evolution als eines besonderen, durch das Wirtschaftssystem selbst bedingten historischen Prozesses auszeichnete. (S. 14) Zu den Faktoren des Krisenzyklus rechnete *Marx* Neuinvestitionen, Fortführungsinvestitionen, den Vorrat an nutzbaren technologischen Innovationen (den Terminus verwendete er in der von ihm ergänzten französischen Ausgabe des „Kapital“ Band I), Rohstoffengpässe und Rohstoffüberschüsse, Disproportion von Verarbeitungsindustrie und extraktiver Industrie, Wirkung des Arbeitskräftemangels und des Arbeitskräftüberschusses auf die Profitrate, Preisbewegung und Kaufkraft, steigende und fallende Kreditnachfrage, Kapazität des Bankensystems und Zinsbewegung, Verhältnis der Durchschnittsrate des Profits der Realwirtschaft und der Zinsrate der Geldanlagen, spekulative Überproduktion und spekulativer Waren- und Geldhandel, Unterbrechung normalen Zahlungsverkehrs, relative Prosperität der Arbeiterklasse als Sturmvogel der Krise, zurückgehende Profitraten bei Erweiterung der Produktion und des Kapitals, das Wechselspiel von Verwertung und Entwertung des Kapitals, das Verhältnis von Rate der Kapitalakkumulation und Lohnrate, massenpsychologische Fehlreaktionen, Relation zwischen der unbezahlten, in Kapital verwandelten Arbeit bzw. des Mehrwerts und der zur Bewegung des Zusatzkapitals erforderlichen zuschüssigen Arbeit, Welthandelsschwankungen und institutionelle Veränderungen wie die englische Fabrikgesetzgebung. Manche Faktoren zeitigen entgegengesetzte Ergebnisse je nach Bedingungen. So wirkt der Preisverfall der Wertpapiere in der Krise als kräftiges Mittel der Zentralisation des Geldvermögens.

Marx stellte fest, dass das von den Banken verliehene Geld, das zinstragende Kapital, die „Mutter aller verrückten Formen ist, so dass zum Beispiel Schulden in der Vorstellung des Bankiers als Waren erscheinen können.“ (Bd. III, S. 509). Er meinte, dass mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit und der Produktion auf immer höherer Stufenleiter: „...1. die Märkte sich ausdehnen und vom Produktionsort entfernen, 2. daher die Kredite sich verlängern müssen, und also 3. das spekulative Element mehr und mehr die Transaktionen beherrschen muss.“ (A.a.O. S. 525). Auch bloßer Schwindel sei bei Wertpapieren nicht ausgeschlossen. Es ist eine bemerkenswerte Vorhersage der Zukunft des Finanzmarktes und der Ursachen der wachsenden Spekulation, die wiederum den Umsatz der Finanztitel antreibt. Kredit ist Vorwegnahme künftiger Profite, also Spekulation mit der zukünftigen oft unsicheren Wertschöpfung. Er basiert auf der Chance, die sprachlich vom lateinischen *cadere* oder fallen (des Würfels bei einer Wette) stammt. In der Spekulationswelt gibt es aber keine Chancengleichheit, sondern das „du musst steigen oder fallen ...“.

In der 1981 erschienenen „Theorie des institutionellen Wandels“ des Nobelpreisträgers der Wirtschaftswissenschaften 1993 *Douglass C. North* heißt es: „Unter den vorhandenen Theorien des säkulären Wandels überzeugt das Marxsche Gedankengebäude am meisten, weil es alle Elemente enthält, die das neoklassische Modell weglässt: Institutionen, Eigentumsrechte, Staat und Ideologie. Marxens Betonung der entscheidenden Bedeutung von Eigentumsrechten für eine effiziente Wirtschaftsordnung und der Spannung, die sich zwischen einer gegebenen Konstellation von Eigentumsrechten und dem Produktivpotential einer neuen Technologie aufbaut, ist von größter Wichtigkeit.“ (S. 63). Auch die historische Fundierung und empirische Dichte der Marxschen Kapitalanalyse ist einmalig, damit kann sich das Hauptwerk von *Keynes* nicht messen.

Im 19. Jahrhundert entstanden die Wirtschaftskrisen etwa alle 9 bis 11 Jahre und *Marx* vermutete, dass diese Einzelperiode etwa der Zeitspanne der Erneuerung des fixen Kapitals, der Maschinen und Ausrüstungen entspricht. (Bd. II S. 180). In der französischen Ausgabe des ersten Bandes des „Kapital“ 1873, die er ergänzte, sagte er voraus, dass sich die Einzelperioden des Auf und Ab im Ablauf zunehmend verringern und hinauslaufen auf einen neuen Überzyklus mit jeweils einer allgemeinen Krise. (Bd. I S. 963). Dem entspricht in den USA etwa die Zeitspanne von 1929/31 bis 1974/75, in der die Einzelperioden nur noch 3 bis 6 Jahre dauerten. Im Jahre 1998 haben der belgische Mathematiker *Marcel Auslos* und der französische Mathematiker *Didier Sornette* am Beispiel des Standard & Poor's 500-Index und des Hongkong Börsenindex ein solches Überzyklus-Muster als logperiodische Funktion der Bewegung des Kapitalmarkts nachgewiesen. (Ball S. 292). Dennoch kann man aus diesen empirisch-statistischen und mathematischen Übungen keinesfalls zukünftige Krisentermine oder gar ihre Stärke ablesen, wie beide Autoren richtig bemerken.

Es hat sich gezeigt, dass die realen wirtschaftlichen Prozesse dem Idealbild mathematischer Modelle nicht entsprechen. Ökonomisch-mathematische Modelle wurden verfeinert und vergrößert in Nachahmung von Modellen der Newtonschen Physik in bezug auf ihre mathematische Komplexität. Im Unterschied von der Physik ist die Ökonomie aber eine Gesellschaftswissenschaft. Die physikalischen Gesetze wirken unabhängig von den historischen Determinanten Ort und Zeit, ökonomische Gesetze dagegen hängen in ihrer Wirkung ab von den regionalen und historischen Bedingungen, denn die Wirtschaft ist eingebettet in die Gesellschaft. Spielglück zu haben ist lange nicht so hart wie Wirtschaftsprognose, meint der US-Volkswirt *Paul Krugman*, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften 2008, der nicht zur neoliberalen Gilde und auch nicht zu den Modellbastlern gehört. Der Grundfehler der Modelle liegt meist schon in den Ausgangsprinzipien und daher liefern sie keine brauchbaren Prognosen. Kein Ökonom sagte jemals mit mathematischen Modellen die großen Jahrhundertkrisen voraus. Der Statistiker und damals bedeutendste US-Ökonom

Irving Fisher (1847-1947) von der Yale-Universität prognostizierte noch kurz vor dem großen Börsenkrach vom Oktober 1929, dass die amerikanische Wirtschaft ein künftig permanent hohes Niveau erreicht habe.

„Konjunkturzyklus“ ist ein Standarddogma der bürgerlichen Ökonomie, der Begriff verrät den Wunsch als Vater eines Gedankens von Ordnung im realen Chaos, einer Regularität im Wechsel von Boom und Kontraktion. Eine Grafik der jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung in den USA von 1877 bis 2000 zeigt aber ein völlig unregelmäßiges Zickzack von Schwankungen bis zu +17 und -24 Prozent. (Ball S. 232). Neuerdings wird versucht, mit Hilfe der Fibonaccizahlen Ordnung in das wilde Durcheinander zu bringen, eine Art Numerologie mit wissenschaftlichem Aplomb. Das erinnert an die höchst exakte und zugleich prinzipiell falsche Epizyklentheorie der Bewegung der Planeten. Die Pionierleistung von *Marx* war die Aufdeckung der endogenen und evolutorischen Faktoren der Wirtschaftskrisen in ihrer Wechselwirkung.

Der Heilige Gral der Klopffechter der bürgerlichen Ökonomie ist dagegen das Marktgleichgewicht, das der französisch-schweizerische Ökonom *Léon Walras* (1834-1910) in seiner mathematischen Gleichgewichtstheorie als Glaubensartikel, aber nicht realwissenschaftlich begründete. *Keynes* bevorzugte für seine Zwecke hydrodynamische Ansätze zur Charakterisierung des Geldflusses, die seine Schüler versuchten, experimentell nachzubauen. Im Computerzeitalter erwiesen sie sich als untauglich. Im Jahre 1900 hat der französische Mathematiker und Physiker *Louis Bachelier* (1870-1945) gemeint, daß die Bewegung der Aktienkurse und der Wirtschaft zufälligen Charakter hat und verwendete für die Analyse die Normalverteilung. Es hat sich aber durch empirische Untersuchungen gezeigt, daß die tatsächliche Bewegung wesentlich vom Muster der *Gaußschen* Verteilung verschieden ist durch einen erheblichen Anteil großer Schwankungen auf der linken und rechten Seite der Glockenkurve. (Ball S. 241)

Die Wirtschaft funktioniert nicht mit einer normalen Wahrscheinlichkeitsverteilung voneinander unabhängiger Faktoren, sondern als besonderer probabilistischer Prozess, der mit strategischen Faktoren der Lenkung und der massenpsychologischen Reaktion verbunden ist. Wer den Instinkt besitzt oder die Intuition, plötzliche Großereignisse richtig in Bezug auf wirtschaftliche Folgen zu interpretieren, kann evtl. besser profitieren als ein Spieler am Roulette. Der Wert eines börsennotierten Unternehmens wird nach dem Wert der künftig zu erwartenden Dividenden und Kurse bestimmt. Das ist eher ein Glaubensprodukt oder Vertrauensvorschuss. Ein gleicher Gedankensprung in der Hypothese des effizienten Marktes ist die Annahme, dass alle Beteiligten am Geschäft über die notwendige Information aller Grunddaten verfügen, nach den gleichen Regeln arbeiten und ihre Zielentscheidungen zwischendurch nicht ändern. Man ignoriert, dass die Menschen oft nach Gewohnheit, Instinkt, Nachahmung oder Impuls entscheiden.

Die Instabilität des Finanzmarkts zeigt sich daran, dass die Welt nach der Statistik der Weltbank seit 1980 insgesamt 166 Finanzkrisen in verschiedenen Ländern erlebte, von denen 119 in ihren Auswirkungen über den Finanzbereich hinausgingen. So wurde die Wirtschaftskrise der sogenannten Tigerstaaten in Südostasien ausgelöst durch die Freigabe der Thailändischen Währung Baht Anfang Juli 1987 und die anschließende Währungsspekulation. 1998 sank das BIP in Indonesien um 13,1 Prozent, in Südkorea um 6,7 Prozent und in Thailand um 10,8 Prozent. Die 95 Mrd. Stützdollar des IWF flossen in nicht geringem Maße in die Taschen vermögender Privatpersonen, die die Gelegenheit nutzten, ihr Geld zu einem nun besseren Wechselkurs in Dollars zu tauschen und schnell außer Landes zu schaffen.

Menetekel der Megakrise

Die langfristige Bewegung des Dow Jones Industrial in den USA ist ein markanter Indikator für die Entwicklung des Vertrauens in die Erträge des Realkapitals. Sein durchschnittliches Wachstum der Jahre von 1896 bis 1980 betrug 3,9 Prozent p. a. Von der Zeit der Reaganomics 1980 bis 1995 stieg das jährliche Wachstum auf beachtliche 10,4 Prozent. Von 1995 bis 2000 sprang das jährliche Wachstum auf den phantastischen Wert von 31,6 Prozent. Das ist das Muster einer hyperbolischen Funktion, wie sie in der Natur die plötzliche Massenvermehrung bestimmter Krankheitskeime oder der Heuschrecken (!) beschreibt. Niemand bremste die Finanzleute, im Gegenteil, es galt das „Weiter so!“, das schon *Walter Benjamin* (1892-1940) in anderen Zeiten als die eigentliche Katastrophe bezeichnete. Die Quittung für das überhitzte, hochspekulative Wachstum kam für den Dow Jones im Jahre 1999, als sich die New Economy-Blase aufblähte, die bereits am Beispiel des Zusammenbruchs von WorldCom geschildert wurde. Das Anheizen der Spekulation war nicht das Ergebnis der normalen Ausbreitungsphase einer technologischen Revolution, sondern der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, der Deregulierungspolitik und des Shareholder-Konzepts in der Realwirtschaft. Von 1999 an bewegte sich der Kurs des Dow Jones auf einem erschlappten Zickzack von 12 000 bis 7 552 Punkten im November 2008, also um minus 4,2 Prozent pro Jahr.

Seit Anfang der neunziger Jahre kam es auf dem Kreditmarkt zum beschleunigten Erscheinen immer neuer komplizierter, schwer zu durchschauender Vermögenstitel unter der euphorisch klingenden Bezeichnung Finanzinnovationen. Die interessenbornierten Finanzanalysten durchschauen meist selbst nicht ihre Produkte und haben weder Überblick noch Durchblick auf dem Finanzmarkt. Das Finanzkapital wuchs schneller als das Realkapital, das Volumen der Geldvermögen nach einer Studie von McKinsey von weltweit 99 Billionen \$ im Jahre 2002 bis auf 167 Billionen \$ 2006 (Aktien 60, Unternehmensanleihen 40, Bankeinlagen 40, Staatsanleihen 27 Billionen \$), also um 14 Prozent p. a. Die außerbörslichen Derivate werden laut Vierteljahresbericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich auf 200 Billionen \$ im Jahre 2003, 300 Billionen im Jahre 2005 und 600 Billionen \$ im Jahre 2007 beziffert. Das ist eine Beschleunigung des Wachstums von 22,4 Prozent p. a. (2003-2005) auf 41,4 Prozent p. a. (2005-2007). Die Botschaft des hyperbolischen, ergo überhitzten Tempos als Menetekel wurde bald weitaus konkreter. Man kann auch sagen, die extremste Blase platzt zuerst, ihre Wachstumsbeschleunigung birgt die Warnung. In der Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts kam es in den USA zu den ersten Schritten in Richtung auf eine Krise der Subprime-Kredite, das heißt der zweitrangigen, schlecht besicherten Kredite des Immobilienmarktes. Die Kreditbedingungen und -kontrollen wurden in der Ära der Deregulierung immer mehr verändert. Nach der Krise am Neuen Markt und den Terroranschlägen des 11. September 2001 hatte die FED den Leitzins auf ein Prozent herabgesetzt, weit unter der Inflationsrate. Angesichts dieser niedrigen Zinsen und günstiger Geldangebote haben breite Teile des Mittelstands in den Eigenheimbau investiert und Hypotheken zur weiteren Finanzierung ihres Konsums übernommen. Es ging nicht mehr bloß um das traute Heim, der kleine Mann sah sich veranlasst, mit der Immobilie steigenden Wertes als Prestigeobjekt zu spekulieren. In den USA liegt die durchschnittliche Wohnfläche bei 207 m², in Deutschland zum Vergleich bei 84 m². Bald gab es Kreditverträge mit steigenden Zinsen ab dem zweiten oder dritten Jahr. Die vergebenen Kredite verkaufte die Bank an eine von ihr gegründete Zweckgesellschaft, die die Immobilienkredite unterschiedlicher Bonität in Finanzpakete bündelte, die ohne sachdienliche (im schönenden Fachjargon asymmetrische) Information als neue handelbare Wertpapiere an andere ggf. ausländische Interessenten verkauft wurden. Sie werden als Collateralized Debt Obligations CDO bezeichnet. Die Bonitäten wurden von Ratingagenturen beur-

teilt, die daran viel verdienten, obgleich sie oft die Risiken geschickt bagatellisierten. Die Finanzexperten versicherten, dass die Mischung von guten und riskanten Papieren eine vorteilhafte Neutralisierung durch Risikostreuung bewirkt, so wie ein scharfes Gift bei Verdünnung oft gute Wirkung zeitigt. Praktiken der Bilanzfrisur wie bei WorldCom waren weit verbreitet. Das Geld für die Transaktionen beschaffte sich die Zweckgesellschaft aus Anleihen mit günstigeren Konditionen und schöpfte Gewinn aus der Zinsdifferenz. In der Folge stiegen der Leitzins und die Hypothekenzinsen und immer mehr Häuslebauer konnten den Schuldendienst nicht mehr bedienen. Hinzu kam, dass gleichzeitig die Marktpreise der neugebauten Häuser zunächst stiegen, ab Oktober 2005 stagnierten und dann ab Frühjahr 2007 plötzlich verfielen, häufig bis unter den Hypothekenwert. Der Kapitalanteil der privaten Haushalte ist auf unter 50 Prozent gesunken, das heißt die Mehrheit des Wohneigentums gehört den Banken. Von 2004 bis 2007 hat sich die Vergabe der minderwertigen Hypothekenkredite verdreifacht. Sie wurden Mitte 2007 auf 2 Billionen \$ beziffert, das ist die Hälfte des gesamten hypothekengesicherten Wertpapierhandels der USA. Auch in Spanien ist 2008 der Verkauf von Immobilien noch einmal um 30 bis 40 Prozent eingebrochen. In diesem Land stiegen die Schulden der börsennotierten Immobilien- und Baufirmen von 2003 mit 24,5 Mrd. € bis 2007 mit 138,9 Mrd. €

Vorboten der Finanzkrise gab es in den USA bereits im Juli 2007, als zwei Hedge Fonds der Investment Bank Bear Sterns mit Verlusten von 1,6 Mrd. \$ platzten. Finanzhedging sind Sicherungsgeschäfte für Zins- und Wechselkursrisiken im Devisen-, Edelmetall- und Wertpapierhandel. Im März 2008 war dann die Bank am Ende und musste vom Staat mit Hilfe einer Garantie der FED für faule Wertpapiere von 30 Mrd. \$ unterstützt werden. In Großbritannien stürmten im September 2007 besorgte Kunden die Schalter der Bank Northern Rock. Im April 2008 hat die FED unter dem Chef *Bernanke* die Leitzinsen in zehn Schritten von 5,25 auf 2 Prozent gesenkt. Der große Hypothekenfinanzierer New Century Financial war am 2. April pleite, ein Menetekel für das „neue Finanzjahrhundert“. Die Verluste wurden auf 450 Millionen \$ beziffert. Zwei der größten Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac wurden verstaatlicht. Mitte Juli 2008 rutschte die kalifornische Indy Mac Bancorp in die Insolvenz, weil durch Vertrauensverlust der Kunden 1,3 Mrd. \$ Einlagen zurückgefordert wurden. Die Bank büßte seit 2007 98 Prozent ihres Börsenwerts ein. In Kalifornien traf es auch die Sparkasse Downey Savings & Loan mit einer Bilanzsumme von 12,8 Mrd. \$. Die Großbank Citygroup erhält 45 Mrd. \$ aus dem Rettungspaket der Regierung und eine Bürgschaft von 306 Mrd. \$. Ursache der Pleite ist der Hypothekenmarkt. 75000 Stellen der Bank mit ihren Filialen sollen gestrichen werden. Im September 2008 kam es zu 266 000 Zwangsvollstreckungen für US-Immobilien. Das finanzkapitalistische System der Instabilität war jahrelang aufgebaut worden. Die Krise schlug plötzlich voll durch, ausgelöst durch relativ kleine Ereignisse. Am 15. September war es zum „Schwarzen Montag“ der Wall Street gekommen. Die viertgrößte US-Bank Lehman Brothers Holding war am Ende und löste einen Tsunami auf den Weltfinanzmärkten aus. 85 Mrd. \$ Wertpapiere waren vom Ausfall bedroht. Zum Beispiel hatte Lehman Brothers Deutschland Gesamtverbindlichkeiten von 14,3 Mrd. € Lehman Brothers Holding wurde noch direkt vor der Pleite mit einer hohen Bonität eingestuft. Die guten Bewertungen werden entsprechend von den Unternehmen bezahlt. Im September traf es auch die Sparkasse Washington Mutual mit einer Bilanzsumme von 300 Mrd. \$ und die Bank Merrill Lynch wurde von der Bank of America für 50 Mrd. \$ übernommen. Im Oktober 2008 vergab die US-Regierung ein Stützungspaket von einer Billion Dollar an Banken. Diese benutzten das Geld zum Stopfen ihrer Bilanzen, statt sie der Realwirtschaft zu geben. Beginnend mit der Krise der Immobilienfinanzierung sind bis November 2008 in den USA 22 Banken gescheitert und 117 Banken gelten nach den Informationen der US-Einlagenversicherung FDIC (Federal Deposit Insurance Corporation) als gefährdet. Damit

verstärkt sich der Konzentrationsprozess im Bankensystem, seit 1980 sank die Anzahl der Banken um 6600 auf 8400.

Die Dimension der Krise kann man mit den Daten der Hedgefondsbranche illustrieren. Sie verlor allein im Oktober 2008 100 Mrd. \$, 60 Mrd. \$ haben Anleger abgezogen, 40 Mrd. \$ war der Betrag der Wertverluste. Es verbleibt ein Volumen von 1,6 Billionen \$. Die US-Regierung erklärte schon im September, dass sie 700 Mrd. \$ bereitstellen wird zum Aufkauf fauler Kredite. Beobachter vermerkten, dass damit die Spekulanten belohnt werden auf Kosten der Steuerzahler, die mit steigender Inflation rechnen müssen. Die Bilanzsumme der FED beträgt zur Zeit 30 Prozent des BIP der USA. Die FED will mit 600 Mrd. \$ die Hypothekenkredite der Immobilienversicherer Fannie Mae und Freddie Mac aufkaufen. Diese beiden Gesellschaften waren Ende 2007 für 40 Prozent des auf 12 Billionen \$ geschätzten Hypothekarmarktes verantwortlich. Sie mussten 2008 mehr als 100 Mrd. \$ abschreiben und hatten Verluste von 11 Mrd. \$ in neun Monaten. Am 29. Oktober senkt die FED den Leitzins um 0,5 Punkte auf 1 Prozent. Die Verbraucher in den USA, die 1975 Schulden von 740 Mrd. \$ oder 62 % des Einkommens hatten, sind 2006 bei 11,5 Billionen Schulden oder 127,2 % des Einkommens angelangt.

Im Ergebnis der globalen Vernetzung der Finanzmärkte kam es schon 1998 zur Südostasienkrise mit Auswirkungen auf Russland und Brasilien. Seit 2007 breitet sich nun die Finanzkrise auf Banken anderer Länder und sogar auf die Finanzen mehrerer Staaten wie Island, Lettland, Ungarn, Ukraine, Türkei, Pakistan, Kolumbien aus. In Kolumbien stehen 500 000 Haushalte vor dem Ruin, weil sie ihr Geld den sogenannten Pyramiden gegeben haben, die Zinsen von bis zu 150 Prozent versprochen. Im September 2008 kam es zur Kapitalflucht aus den sogenannten Schwellenländer von Russland bis Südkorea, Brasilien und der Türkei. Der IWF will für einige Länder 20 Mrd. € Kredite bereitstellen, die kaum reichen werden. Er verfügt über Reserven von 160 Mrd. € kein großer Betrag in den Zeiten der Megakrise. Russland verzeichnete von Mai bis November Kursverluste von einer Billion \$, davon 700 Mrd. \$ durch die staatlichen Erdöl- und Gasunternehmen sowie einen Kapitalabfluss von 50 Mrd. \$. China hat kalte Füße bei der Anlage seiner Überschüsse in US-Staatspapieren und Unternehmen bekommen. Es hatte noch Mitte 2008 520 Mrd. \$ von seinen auf 1,8 Billionen \$ geschätzten Devisenreserven in US-Schatzbriefen angelegt. Der staatliche Vermögensfonds China Investment Corp CIC hat am 3. Dezember 2008 angekündigt, vorerst nicht mehr in westliche Finanzinstitute zu investieren. Die Regierung Ecuadors will gegen die ausländischen und inländischen Verursacher der Finanzkrise des Landes vorgehen, dessen Verpflichtungen von 200 Mio. \$ auf heute 11,26 Mrd. \$ angestiegen sind.

In Deutschland wurde die Industriekreditbank IKB, Tochter der staatlichen KfW-Bank (80 % Bund, 20 % Länder) mit 1 Mrd. € Staatsgeldern vor dem Zusammenbruch bewahrt. Sie hatte sich mit hochriskanten Investmentgeschäften verspekuliert und wurde für 115 Mio. € an die Beteiligungsgesellschaft Lone Star verramscht. Die vor 60 Jahren gegründete KfW hat bis November 2008 1,6 Mrd. € Verluste: Die IKB-Beteiligung von 1 Mrd. € Lehman Brothers mit 400 Mio. € Island mit 200 Mio. € Ferner kollabierte die Sachsen LB, die sich über eine irische Tochter am amerikanischen Hypothekenmarktgeschäft beteiligt hatte. Anfang 2008 wurde sie von der LB Baden-Württemberg übernommen, die selbst Ende 2008 ins Schlittern kam. Die West LB meldete für 2007 Verluste von 2 Mrd. € Außerdem übernahm das Land Nordrhein-Westfalen eine weitere Risikoabschirmung von 3 Mrd. € Die Zukunft der Bayern LB muss mit Finanzspritzen und Garantien von mehr als 30 Mrd. € gesichert werden. Die Bank hat 19 200 Beschäftigte, davon 14 000 im Ausland. 5 600 Arbeitsplätze sollen wegfallen. Der Aktienkurs des in Deutschland operierenden internationalen Zeitungsimperiums, der „Heuschrecke“ Mecom Group, der auch die „Berliner Zeitung“ gehört, fiel seit 2007 um 97 Prozent. Die Bankschulden betragen 587 Pfund

Sterling. Im September 2008 verhinderte die Finanzzusage des Staates von 35 Mrd. € und später 50 Mrd. € den Zusammenbruch des Baufinanzierers Hypo Real Estate HRE. Anfang September hatte die HRE bei einem Kurs von 17 € noch einen Börsenwert von 3,6 Mrd. € und zuletzt nur noch einen Kurs von 3 € bei insgesamt 650 Mio. €. Sie hatte schon 2004 4200 Hauskredite für 3,6 Mrd. € an den berüchtigten Finanzinvestor Lone Star aus Texas verschertelt.

Bis November waren 20 Banken in Schwierigkeiten und haben Anträge für das Rettungspaket des Bundes gestellt. In einer solchen Lage vermeldete der Finanzminister *Steinbrück* die Erfolgsmeldung einer sinkenden Staatsquote. Am 5. November beschließt die Bundesregierung ein rund 12 Mrd. € schweres Konjunkturpaket und hofft, dass damit Investitionen von 50 Mrd. € angestoßen werden und eine Million Jobs gesichert werden. Im Dezember wird mitgeteilt, dass der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) für den Baufinanzierer den Garantierahmen von 20 auf 30 Mrd. € aufgestockt hat. SoFFin verfügt insgesamt über ein Volumen von fast 500 Mrd. €. Davon stehen 400 Mrd. € für Garantien zur Verfügung, der Rest kann für Eigenkapitalspritzen oder den Ankauf maroder Anleihen genutzt werden.

Von Umdenken der tonangebenden Politiker angesichts einer Megakrise kann keine Rede sein. Aus der Erklärung des G-20-Weltfinanzgipfels geht hervor, dass man sich weiter zu freien Märkten bekennt und sogenannte Überregulierung ablehnt. Es klingt wie Paragraph 1 der alten Mecklenburgischen Verfassung: „Alls blibt biem Ollen“. Im Oktober 2008 bezifferte der IWF die direkten Verluste aus der Weltfinanzkrise auf 1,4 Billionen \$. Die offiziellen Wertberichtigungen der Banken weltweit erreichten bis Juni 2008 395,5 Mrd. \$, davon 201 USA, 52,3 Großbritannien 52,3, Deutschland 49,7 und Schweiz 47,9 Mrd. \$. Wenn man die heutige Krise mit der „Mutter der Krisen“ im 20. Jahrhundert vergleicht, müssen wir jetzt von einer Megakrise sprechen. Es gab in den zwanziger Jahren keine Derivatzoockerer, nur wenige unbesicherte Hypothekenkredite. 1929 bis 1933 war kein Staat bankrott, heute ist es Island, am 2. Dezember 2008 stürmten isländische Sparer die Zentralbank des Landes. Die Staatsschuld der führenden Wirtschaftsmacht beträgt mehr als 10 Billionen \$. Der Präsidentschaftskandidat *Obama* sagte in der TV-Diskussion mit *McCain*, die USA müssen aufhören, 700 Mrd. \$ pro Jahr bei den Chinesen zu pumpen, um damit die Ölrechnung an Saudi-Arabien zu begleichen. Anfang Dezember 2008 wurden die weltweiten Verluste der Banken mit 522 Mrd. \$ und ihr Kapital mit 370 Mrd. \$ beziffert. Darunter haben US-Banken 263 Mrd. \$ Verluste bei einem Kapital von 184 Mrd. Dollar.

Der Finanzhimmel wird geerdet

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft wurden in der Bundesrepublik zunächst bis zum Herbst 2008 von einigen Beschönigungspolitikern weggeredet, die sich über die Prognose eines Minuswachstums des BIP im nächsten Jahr im Gutachten des Sachverständigenrates mokierten. Ein Ministerpräsident verkündete, man müsse nur einige negative Nebenwirkungen freier Märkte kompensieren. Ab November 2008 konnten die schlechten Nachrichten, nun auch aus der Welt des Realkapitals, nicht mehr ignoriert werden. Aus der fortdauernden Finanzkrise kriecht die Überproduktionskrise, der Kern der Wirtschaftskrise. Es hatte sich ergeben, dass sich das Wachstum der Industrieproduktion verlangsamt hat und die Zahl der Insolvenzen um 30 Prozent gegenüber 2007 gestiegen ist. Die Auftragseingänge für die deutsche Industrie gingen in den beiden Monaten September und Oktober 2008 um 14,9 Prozent zurück. Der Chiphersteller Qimonda in Dresden, Tochterunternehmen von Infineon, steht vor der endgültigen Pleite. Es wird zu einem Abbau von 1 550 Stellen kommen, davon 950 in Dresden und 600 in München. Kurzarbeit und

Massenentlassungen werden sich weiter ausbreiten. Die einseitige Orientierung der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Auslandsnachfrage wirkt sich jetzt krisenverschärfend aus, weil die Exportindustrien einen starken Auftragsrückgang erleben. Der Maschinenbau hat allein im Oktober einen Rückgang von 19 Prozent der Auslandsnachfrage und 10 Prozent der Inlandsnachfrage verzeichnet. Der Autoabsatz in Europa ging 2008 um 15 Prozent zurück. Schon seit Ende 2007 gab es Massenentlassungen weltweit bei Intel und Ford. Der deutsche Automarkt rechnet 2009 mit einem Rückgang der Autokäufe von 8,1 Prozent oder 2,85 Mio. In der Bundesrepublik schicken immer mehr Unternehmen die Beschäftigten in Kurzarbeit, so zum Beispiel der Autozulieferer Continental in Hannover 600 von 2700 Beschäftigten im Werk Hannover. Bei den drei führenden deutschen Nutzfahrzeugbauern sind 2000 Stellen weggefallen und bei ihren Zulieferern noch einmal 5000 Stellen. Im November drosselt der Chemiekonzern BASF seine Produktion um 20 bis 25 Prozent. Die deutschen Reedereien haben die Bestellung von 58 Schiffen von insgesamt 190 deutscher Werften storniert. Ein weiterer Faktor der Wirtschaftskrise ist die Kreditklemme. BMW muss zum Beispiel für seine jüngste Anleihe 8,9 Prozent Zinsen zahlen, fast das Doppelte von vor einem Jahr. Das bedeutet einen erheblichen Rückgang der Gesamttrendite, der außerdem nach der Leverageformel vom Verschuldungsgrad abhängt. In den USA kam es im Ergebnis solcher Prozesse 2008 zu einem Rückgang der privaten Bruttoanlageinvestitionen um 4,9 Prozent. Weltweit hat sich die Immobilienmarkt- und Hypothekenkrise schon drastisch auf das Baugewerbe mit seinen Zulieferern ausgewirkt. Der Verschuldungsgrad der Haushalte ist der nächste Finanzmarktfaktor, der sich dämpfend auf die reale Nachfrage auswirkt. Er lag in Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens 2005 in Großbritannien schon bei 159 Prozent, in der EU bei 139 Prozent, in den USA bei 135 Prozent, in Deutschland bei 107 Prozent und in Frankreich bei 89 Prozent.

Eine sehr schlechte Nachricht ist die Information darüber, wie sich deutsche Kommunen am Tanz um das Goldene Kalb des Finanzkapitals beteiligt haben. Mehr als 700 Kommunen haben sich mit Swap-Geschäften an Zinsspekulationen beteiligt, deren Platzen droht. Dortmund hat 6,2 Mio. € durch solche Spekulationen verloren und die Stadt Hagen muss mit Verlusten von 51 Mio. € rechnen. Mehr als 150 Kommunen haben ihre Infrastruktur (Messehallen, Schulen, Heizkraftwerke, Schienennetze, Wasserwerke) an US-Gesellschaften über eine Laufzeit von bis zu 99 Jahren verkauft. Die Kommune hat dann das Objekt zurückgemietet und bezahlt die Mieten mit den Dollars des Kaufpreises und seiner Zinsen, die auf einer US-Bank deponiert sind. Der Bereich Sale-and-Lease-back (Verkauf und Rückmiete) wächst am schnellsten im weltweiten Leasing-Markt. Immer mehr Betriebsanlagen werden geleast. Es ist ein Lehrbeispiel dafür, was Globalisierung im finanzkapitalistischen Sinne ist, ein höchst kunstvoll gesponnenes Netz der Übervorteilung durch den Stärkeren, in dem der Verlierer am Anfang meint, er habe gewonnen. Wenn die Depotbank insolvent wird, bedeutet das für die Kommune, dass sie neue teure Insolvenzversicherungen abschliessen oder direkt Geld für die Mieten beschaffen muss. Insgesamt muss man feststellen, dass die Wirtschaftskrise rückwirkend die Finanzkrise befördert, weil die Quellen der Realprofite anstelle von riskantem Spielgeld des Finanzkasinos immer mehr fehlen. Es zeigt sich am Beispiel von General Motors, Ford und Chrysler, die jetzt 34 Mrd. \$ Kredite zum Löcherstopfen brauchen. GM ist das höchstverschuldete Unternehmen der USA. Es hatte sich bereits im Oktober 2007 der zukünftigen Verpflichtungen der betrieblichen Krankenversorgung für die 370 000 Pensionäre entledigt. Ab 2010 wird die Gewerkschaft die Gesundheitskosten mit Hilfe eines selbstverwalteten Fonds tragen.

Im Dezember 2008 häufen sich die weltweiten Krisennachrichten. Der britisch-australische Bergbaukonzern Rio Tinto muss seine Verbindlichkeiten von 27 Mrd. \$ reduzieren und streicht insgesamt 14 000 Arbeitsplätze in verschiedenen Ländern. Die Finanz-

marktkrise und ihre Folgen in der Realwirtschaft entlarven die Illusion, dass sich Eigentumstitel am Finanzmarkt selbständig verwerten. Ein interessantes Beispiel ist Japan, das 1989/90 schon einmal einen schweren Finanzcrash erlebte. Das Vermögen der japanischen Haushalte betrug 2002 11 Billionen € davon die Hälfte auf Geldkonten verschiedener Art. Würde das Geldvermögen eine jährliche durchschnittliche Verzinsung von 5 Prozent beanspruchen, also 275 Mrd. €, so müsste das japanische BIP um jährlich 7 Prozent zunehmen, was nicht realisierbar ist. Das entlarvt die Wolkenkuckucksheime des Finanzmarkts. Ende 2008 sind der Preisrückgang bei Erdöl, Rohstoffen und Fertigerzeugnissen, die Rezession durch sinkende Nachfrage und die Senkung des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank EZB um 0,75 auf 2,5 % Signale einer bevorstehenden Stagdeflation als Ergebnis der Überproduktionskrise. Mittelfristig kann das zur Depression, das heißt zum absoluten Rückgang des BIP führen. Beim Rückgang der Preise verschieben die Verbraucher oft den Kauf in Erwartung weiter sinkender Preise. Die geringeren Preise durch unzureichende Nachfrage bei Überangebot drücken auf die Gewinnmargen der Unternehmen. Darauf folgen Entlassungen und damit weitere Reduzierung der Nachfrage, also ergibt sich eine selbstbezügliche Spirale nach unten. Das haben schon Länder wie Japan in den letzten zwei Jahrzehnten erlebt, aber diesmal geschieht es im globalen Netz der Weltwirtschaft.

Zum Jahresende 2008 sind weder Bundesregierung, sogenannte Wirtschaftsweise, Banken oder Unternehmen in der Lage, den Nachfrage- und Produktionsabschwung im Ergebnis der Finanzkrise im Jahr 2009 einigermaßen verlässlich einzuschätzen. Es wird von einer der tiefsten Rezessionen seit Gründung der Bundesrepublik gesprochen. Das klingt eher harmlos. In Wirklichkeit ist die sich weiter entwickelnde und ausbreitende globale Wirtschaftskrise eingebettet in eine sich damit verstärkende Gesellschaftskrise. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände seit dem 4. Dezember in dem EU-Land Griechenland mit der aufbegehrenden Jugend, die keine Perspektiven hat, sind ein Menetekel.

Rette sich wer kann

Die Hauptursachen der Weltfinanzkrise sind die Deregulierung zugunsten der Vermögenden, die Umverteilung von unten nach oben und die kapitalistische Globalisierung. Der pervertierte Finanzkapitalismus führt zu Instabilität, Arbeitslosigkeit, wachsender Ungleichheit, Zurückdrängen der Politik und damit der Demokratie. Es wäre nun anzunehmen, dass die Rettungskonzepte bei den Ursachen ansetzen müssen. Aber weit gefehlt, die Politiker beginnen mit der Oberfläche, mit den Folgen für die Banken, Staaten und die Massenkaufkraft. Sie ignorieren die Tatsache, dass jede Wirtschaft in Wechselwirkung zum Gesellschaftssystem steht. Der neoliberale Marktfundamentalismus ist eine Ideologie und zugleich eine politische Doktrin, die den Interessen der Betuchten dient. Schon der in den 40ern bis 50ern entstandene Begriff Marktwirtschaft ist ein verschämtes Ersatzwort für Kapitalismus, als ob nur Kauf und Verkauf und nicht Produktion und Profitrate die Kriterien dieses Wirtschaftssystems sind. Bis Ende 2008 war im politischen Diskurs zu hören und zu lesen, dass der Neoliberalismus allen Zusammenbrüchen zum Trotz weiter von seinen Protagonisten propagiert wird. Sogenannte Rettungspakete für die Banken sind in den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich geschnürt worden. Das „frische Geld“, das „notleidende“ Banken und Unternehmen vom Staat erhalten, ist nach *Marx* eine der historischen Formen des Primärprozesses der Bildung großer Privatkapitale: „Die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation. Wie mit dem Schlag der Wünschelrute begabt sie das unproduktive Geld mit Zeugungskraft und verwandelt es so in Kapital, ohne dass es dazu nötig hätte, sich der von industrieller und selbst wucherischer Anlage unzertrennlichen Mühewaltung und Gefahr auszu-

setzen. Die Staatsgläubiger geben in Wirklichkeit nichts, denn die geliehene Summe wird in öffentliche leicht übertragbare Schuldscheine verwandelt, die in ihren Händen fortfunktionieren ganz, als wären sie ebensoviel Bargeld.“ (Bd. I, S. 794)

Der US-Kongress billigte im Februar 2008 ein Konjunkturprogramm von 150 Mrd. \$. Die Regierung der BRD stellte am 13. Oktober ein Banken-Rettungspaket von 500 Mrd. € vor. Für den Schutz der Arbeitsplätze wurden nur 4,1 Mrd. € vorgesehen. Es ist nicht die Rede von Gegenleistungen und vom Recht des Steuerzahlers auf Einfluss auf Investitionsentscheidungen. Frankreich präsentierte einen Hilfsplan von 360 Mrd. € und Präsident *Nicolas Sarkozy* schlug Verstaatlichung von Schlüsselindustrien vor. Im Oktober 2008 bestätigte das russische Parlament ein Paket von 63 Mrd. Rubel. Die größten Pakete sind die der USA mit später 700 Mrd. \$ und der EU mit 25 Mrd. €. In Keynesianischer Tradition dienen sie erneut der Umverteilung von unten nach oben. Die solventen kommerziellen Banken werden nicht dafür herangezogen, es bleibt eine Leistung der Steuerzahler. Die Krankheit des gesellschaftlichen Distributionssystems wird mit dem gleichen Virus bekämpft, der sie hervorgebracht hat. Die politische Reaktion auf die Menetekel der Megakrise sind also bisher eine Art von „Weiter so!“ oder das neue Buch eines bekannten Politikers mit dem Titel „Mehr Kapitalismus wagen“.

Keynes, dessen Rezepte gegen die Krise in der Ära *Thatcher-Reagan* von den Politikern zum alten Eisen geworfen wurden, weil sie nicht voll geeignet waren für den scharfen Kurswechsel zur Deregulierung, wird mit seinem Deficit Spending wohl oder übel wieder gebraucht, wenn die Krise die Realwirtschaft erfasst. Die Botschaft seines Hauptwerks ist ohnehin an die Geldeliten gerichtet. Ganz ungeniert schreibt er, dass die Beschäftigung (bezeichnenderweise erste Kategorie im Titel seines Buches) nur steigen kann, wenn die Reallöhne fallen. (S. 14) Er meint dort auch, dass die Gewerkschaften nicht streiken werden, wenn die Lebenshaltungskosten durch Inflation steigen und nur etwas Widerstand leisten bei Einbußen des Nominallohns. *Keynes* empfiehlt ferner die Regulierung der Geldmenge, die angeblich auf die Zinsrate wirkt. Die FED hat dieses Rezept ohne Erfolg ausprobiert. Am Beispiel von *Keynes* kann man sehen, dass die wirtschaftliche Regulierungsweise einer Gesellschaft als Instrumentarium der Wirtschaftspolitik stets im Hinblick auf die sozialen Folgen beurteilt werden muss. Sie ist im besten Fall ein Kompromiss zwischen den Interessen einer Minderheit, der herrschenden Eliten und der Mehrheit der Bevölkerung. Die „New-Labour“-Regierung Englands hat sich neuerdings auf die Interessen ihrer Klientel besonnen und eine Reihe von sozialen Maßnahmen wie Hilfen für kinderreiche Familien, Rentner und notleidende Kleinbetriebe und Senkung der Mehrwertsteuer auf 15 Prozent. Als erste Regierung hat sie sich auf die Wiederbelebung eines Stückes Staatskapitalismus besonnen, so erhielt die Royal Bank of Scotland eine Staatsbeteiligung von 57,6 Prozent. In den USA war schon im Mai 2008 ein Konjunkturprogramm für Haushalte mit Steuerschecks von 100 Mrd. \$ gestartet worden.

Bisher hat die demokratische Öffentlichkeit nichts über das „Wer erhält was, warum und wie, in welchem Maßstab“ erfahren. Die Finanztransaktionen der sogenannten Rettung werden wie eh und je geheimgehalten. Der Staat ist nicht in der Lage und auch nicht willens, das finanzkapitalistische Regime zu kontrollieren. Es ist auch in den angepassten Medien nicht die Rede von notwendigen Maßnahmen der institutionellen Veränderung. Der G-20-Gipfel Mitte November war nicht in der Lage, ein solides Programm der nachhaltigen Finanzreform zu verabschieden. Es ginge dabei vor allem um demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und ihrer Akteure, die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen und insbesondere der grenzüberschreitenden, den Stopp für alle Formen der Privatisierung des Sozialsystems, der öffentlichen Infrastruktur. 34 Steueroasen weltweit und Offshore-Zentren des Finanzmarkts müssen abgeschafft werden. So haben auf den Cayman Islands südlich von Kuba etwa 9 000, also rund zwei Drittel aller weltweit aktiven Hedge Fonds

ihren Sitz und es gibt kaum Regulierungen. Die Kapitaleinkommen müssen grundsätzlich progressiv besteuert werden, um das natur- und menschenfeindliche hyperbolische Wachstum an der Quelle abzuschalten. Außerbilanzielle Geschäfte sollten grundsätzlich verboten werden. Das Verursacherprinzip für alle Formen der Umweltbelastung und direkten Zerstörung ist endlich durch eine entsprechende Gesetzgebung konsequent durchzusetzen. Die privaten Investoren müssen für Verluste selbst haften. Die Hedge Fonds sind abzuschaffen. Das Bankengesetz muss festlegen, dass die Menge des ausgeliehenen Geldes je nach Risikostufe einen bestimmten Wert im Verhältnis zum Eigenkapital nicht überschreiten darf. Notwendig wäre die Bindung des Stimmrechts von Finanzinvestoren an eine bestimmte Haltedauer ihrer Kapitalanteile. Man darf Banken nur retten, wenn sie im Gegenzug ihre Gesellschaften in den Steueroasen aufgeben. Es sind Vetorechte bei Übernahmen festzulegen. Anstelle der abhängigen Rating-Agenturen sind unabhängige Bewertungsgremien einzuführen. Es sind Gesetze zu schaffen, die die Banken in bestimmten Maße von dem Wechselkursrisiko schützen. Auch Höchstgrenzen für den Kapitalverkehr ins Ausland und zeitlich begrenzte Rückführungssperren sind zweckmäßig.

Was kommt danach ?

Die bisherigen Nachrichten über die Reaktion der Regierungen und herrschenden Eliten auf die Megakrise zeugen davon, dass es nur um Palliative zur Minderung der Folgen und nicht um ein Konzept für eine Umorganisation sozial relevanter Institutionen geht. Sie wollen dem Wesen nach so weitermachen wie bisher und verstehen nicht, dass diese Wirtschaftskrise eine gesellschaftspolitische Herausforderung von historischer Dimension ist. Es handelt sich um eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung. Ihre fatale lebensbedrohliche Eigenschaft ist die Grenzenlosigkeit des Naturressourcenverbrauchs durch Massenproduktion, unablässige Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Profits sowie des Massenkonsums. Das System kennt keinen Limes für die angebliche Allmacht des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der seine Funktionsweise füttert. Sein absolutes Gesetz ist die Produktion von Mehrwert oder die Plusmacherei. Es ist schwierig, heute etwas auszusagen über die weitere Entwicklung und die Folgen der Megakrise im 21. Jahrhundert. Wir wissen allerdings, dass unsere Gegenwart grundsätzlich wie stets schon durch Prozesse beeinflusst wird, die einmal die Zukunft gestalten werden. Eine erste Frage ist, ob es überhaupt möglich ist, das gigantische Finanzmarktkapital zu bändigen oder besser abzuschaffen. Haben die Institutionen der parlamentarischen Demokratie und der Zivilgesellschaft den Willen, das Niveau, die Ausbreitung und die Kraft, die sie zur Lösung der großen Menschheitsprobleme benötigen. Wie lang ist die Geduld der vom totalitären Regime des Kapitals Beherrschten. Warum sind die kritisch und weiterdenkenden Kräfte so wenig aktiv und so wenig einig im Vergleich zum Unisono der kapitalbeherrschten Medien. Es ist doch klar, dass der Abbau des Sozialstaats in den letzten beiden Jahrzehnten ermöglicht und verstärkt wurde durch den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus, der großen Gegenkraft.

Heute sehen wir uns einem Knäuel von lebensbedrohenden Perspektiven auf unserem Planeten gegenüber, die von Krieg und Gewalt, Arbeitslosigkeit plus Armut, Umweltzerstörung bis zum Verfall der menschlichen Kultur reicht. Der Global Report der Weltbank 2008 weist bei 42 von 59 untersuchten Ländern nach, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößert hat. Nach dem Weltbevölkerungsbericht leiden 939 Millionen Menschen unter chronischem Hunger und ebensoviele haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Berechnungen von Fachleuten der FAO zufolge würden 14 Mrd. \$ pro Jahr ausreichen, um ein signifikantes landwirtschaftliches Wachstum zu erreichen und den

Hunger in der Welt zu halbieren. Der finanzdominierte Kapitalismus forcierte dagegen das Wachstum der Arbeitslosigkeit und der Weltarmut. Die Menetekel einer weltweiten Gesellschaftskrise mit ihrer Quelle in der Ökonomie sind längst nicht mehr zu übersehen. Die Wirtschaft sitzt gewissermaßen in der Mitte und konzentriert sich auf ihre eigenen Sorgen, wenn es nach ihren Beherrschern geht. Neben Friedenssicherung, gesellschaftlicher Arbeitsreform, Armutsbekämpfung, Umweltschutz ist die Erhaltung der überlieferten menschlichen Kultur die fünfte und in ihrer Bedeutung nicht weniger wichtige Herausforderung. Die Geschichte der Menschheit hält genügend Lehrbeispiele bereit, wo, wie und warum die Lunte der sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Konflikte brannte und zur explosiven Lösung führte. Das sollte eine Warnung sein.

Jetzt, in der Zeit der Megakrise, ist der von Minister *Blüm* kraft seines Amtes vor 19 Jahren triumphierend totgesagte *Karl Marx* als Kritiker der Politischen Ökonomie wieder en vogue. *Marx* hat den historischen Materialismus auf die evolutorischen Zusammenhänge des Kapitalismus in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts angewandt. Seine politische Zukunftshoffnung war mit der damals aufkommenden neuen Klasse der Industriearbeiterschaft verbunden, die 1850 noch einen Anteil von nur vier Prozent an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland hatte, der bis 1870 absolut um das Dreieinhalbfache wuchs. Als das 20. Jahrhundert begann, haben *Rudolf Hilferding*, *Rosa Luxemburg*, *Karl Kautsky* und *Wladimir Iljitsch Lenin* die Marxsche Methode angewandt, um die neuen Verhältnisse in der veränderten Gesellschaft zu analysieren. Das hat zweifellos dazu beigetragen, den gesellschaftlichen Kräften für sozialistische Umgestaltungen Orientierungen zu geben. Betrachten wir dagegen den in Europa nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen und 1989/90 zusammengebrochenen Sozialismus, so war es eine Zeit der Kanonisierung und Dogmenbildung mit Hilfe des staatsoffiziellen Marxismus-Leninismus ML, weit entfernt von der kreativen Anwendung der Marxschen Methode auf die neuen Phänomene. *John E. Roemer* gehört zu einer Gruppe von an *Marx* interessierten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern. Er schrieb 1981 in seinem bemerkenswerten ökonomisch-mathematischen Werk ohne abstrakte Gleichgewichtsmodelle „Analytical foundations of Marxian economic theory“, dass die Marxsche Theorie, wie sie betrieben wird in den Ländern der Planwirtschaft „... aus der Sicht des 20. Jahrhunderts in einer Ptolemäischen Krise ist, einer Krise, in der manche glauben, dass es mit wenigen Veränderungen der alten Ansätze möglich ist, das Neue zu verstehen. Von allen Methodologien müsste der Marxismus mit seinem Bestehen auf Nichtuniversalität und Vergänglichkeit der entsprechenden historischen Kategorien die letzte sein, die in diese Falle tappt.“ (S. 209 f, Übersetzung HDH). Wie wahr, wie wahr, sagt man, wenn man seine Botschaft am Ende des Buches liest, man müsse den historisch-materialistischen Kern der Theorie von *Marx* auf die neuen Bedingungen von heute anwenden.

Die fünf erwähnten heutigen globalen Herausforderungen sind miteinander aufs engste verbunden. Bei der Friedenssicherung geht es um die Beendigung der ideologisch kassierten imperialen Abenteuer in Afghanistan und im Irak sowie die immer wieder aufflackernden Bürgerkriege. Allein im Irak gab es bis Ende 2007 in der Zivilbevölkerung 654 965 Tote, wie das New England Journal of Medicine berichtete. Auch der individuelle Terror mit seinen Selbstmordattentaten, Kommandoaktionen, Piratenüberfällen und immer neuen Variationen ist globalisierter Bürgerkrieg, ausgelöst durch soziale Konflikte und Perspektivlosigkeit für junge Menschen. Waffenhandel und Krieg sind Vorzugsgebiete der Profitquellen des Kapitals, den Begriff militärisch-industrieller Komplex hat schon Präsident *Dwight D. Eisenhower* (1890-1969) geprägt. Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur nach den USA und Russland. Es erteilte 2007 Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 8,7 Mrd. € auch für Länder, die in schwere Gewaltkonflikte ver-

wickelt sind. Die Friedenssicherung ist mit der notwendigen gesellschaftlichen Arbeitsreform der Schlüssel für die Bekämpfung der Weltarmut.

In der langen historischen Periode der Industrialisierung vor der informationstechnischen Umwälzung war die Arbeitsproduktivität die Schlüsselgröße für den wirtschaftlichen Fortschritt. Nach den Berechnungen von *Jürgen Kuczynski* (1904-1997) wuchs sie in den Industrieländern von 1840 bis 1900 im Jahresdurchschnitt um 1,5 Prozent, von 1900 bis 1943 um 2,2 Prozent und von 1946 bis 1964 um 3,5 Prozent. Von den vier technischen Funktionen der menschlichen Arbeit wurde zuerst die energetische Funktion durch mechanischen Antrieb ersetzt, dann die ausführende Funktion durch Arbeitsmaschinen und im zwanzigsten Jahrhundert zunächst Teile der Kontrollfunktion. Das führte zum langfristigen Trend steigender Wachstumsraten der Produktivität. Mit der Informationstechnologie kam es in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zur Ersetzung der Kontrollfunktion und ersten Teilen der vierten, logischen Funktion mit Hilfe der Computer und der Digitaltechnik, die ein noch höheres Tempo des Produktivitätswachstums ermöglichten. Die Arbeitseinsparung als Paradigma des Industrialismus begann an die sozialen Grenzen zu stoßen, der Überfluss der Warenwelt erreichte den Menschen selbst. *Wassily Leontjew*, russisch-amerikanischer Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, hat schon vor einigen Jahren festgestellt, dass der Stand der Automatisierung in der Produktion um 2000 etwa dem Stand der Mechanisierung von 1820 entspricht. Es ist also jedesmal ein Anfangszustand. Was wird erst passieren, wenn die logische technische Arbeitsfunktion des Menschen in Zukunft massenhaft ersetzt wird. Damit wird die klassische Industriearbeiterschaft mitsamt einer Mehrzahl von Angestellten immer schneller überflüssig gemacht. Die neue Berufsgruppe der Informatiker kann eine solche strukturelle Arbeitslosigkeit nicht kompensieren. Es kommt zur Veränderung der gesellschaftlichen Betriebsweise, zum Druck auf veraltete Institutionen, die durch neue ersetzt werden müssen. Die klassische Lohnarbeit des Kapitalismus muss durch neue Formen der Arbeit ersetzt werden. Es gibt neben der erwähnten Gruppe der vier technischen Funktionen der menschlichen Arbeit in Industrie, Handwerk, Transport und Handel zwei weitere Gruppen, die wissenverarbeitenden, wissenvermittelnden und wissengenerierenden Funktionen in Bildungswesen, Publikation, Forschung und Entwicklung sowie in der Kunst und die sozialen Funktionen in der Rechtspflege, dem Gesundheitswesen, dem Sicherheitswesen, der Betreuung, Beratung und Unterhaltung. Ferner gibt es Eigenarbeit, Nachbarschaftsarbeit und die Arbeit in den wenigen auf dem Globus verbliebenen Subsistenzwirtschaften. Dies alles sind die in Zukunft erschließbaren Quellen der menschlichen Arbeit unter der Bedingung, dass das derzeitige System der kapitalistischen Lohnarbeit abgeschafft wird. Es ist eine neue Betriebs- und Lebensweise mit sozial relevanten Institutionen zu schaffen, die eine gesellschaftlich oder genossenschaftlich bezahlte Beschäftigung garantieren. Große Teile der zweiten und dritten Gruppe von Arbeitsfunktionen gehören zur wertverbrauchenden Arbeit wie die Arbeit eines Lehrers, eines Arztes, Trainers oder Richters. Wertschöpfende Arbeit wird es immer geben, auch in einer möglichen künftigen solidarischen oder kollektivistischen Marktwirtschaft ohne Dominanz des Finanzkapitals. Das derzeitige Gesellschaftssystem verzeichnet riesige Massen kapitalistisch unproduktiver Arbeit, zu denen Wissenschafts- und Ausbildungsarbeit, soziale Arbeit und Arbeitsinhalt von mit Finanzblasengeld gekauften Überproduktionserzeugnissen gehören. Die Arbeiten der zweiten und dritten Gruppe zu privatisieren ist keine Lösung, weil die entstehenden Profite aus der gesellschaftlichen Mehrwertmasse der realen Produktion alimentiert werden müssen. Die Balance von wertschöpfender und wertverbrauchender Arbeit einzuhalten ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Gesamteinkommens. Darum ging es in allen sozialen Kämpfen seit der Zeit der frühen Hochkulturen.

Wettbewerb und Technologie führen die Menschheit zur Grenzüberziehung und letztlich zum Kollaps, wenn sie nicht eingebunden werden durch überwachende Institutionen, die soziale Gerechtigkeit und ökologisches Gleichgewicht im demokratischen Konsens der Gesellschaft anstreben. Die globalen Grenzen menschlicher Zivilisation hängen zusammen mit der Klimaerwärmung, der Endlichkeit nichtregenerierbarer Ressourcen an Roh- und Brennstoffen und der Belastbarkeit des Menschen. Ein allgemeines Maß für den stofflich-energetischen Kreislauf der Wirtschaft ist der Stoffstrominput an Primärmaterialien in Tonnen, zu dem mineralische und nichtmineralische Roh- und Brennstoffe, Baustoffe, Wasser, Luft, Erdmassen und biotische Rohstoffe gehören. Das ist die gesamte Masse an Naturstoff, die der Mensch jährlich der Erde entreißt und in den wirtschaftlichen Kreislauf einspeist. Für dieses Kalkül wird auch der Primärenergieaufwand in Tonnen umgerechnet. Bezogen auf die Produkte werden die im ganzen Lebenszyklus von der Rohstoffgewinnung und Herstellung bis zur Nutzung und Entsorgung anfallenden Stoffströme berechnet. So hat zum Beispiel eine Tonne Zement einen „Stoffstromrucksack“ von sieben Tonnen. Wenn wir den Lichtschalter betätigen, lösen wir einen technischen Prozess aus, dem ein Stoffstromäquivalent entspricht. Auch jeder wirtschaftlichen Transaktion entspricht die direkte oder indirekte Auslösung eines stofflich-energetischen Aufwands. 1000 US-Dollar Bruttoprodukt entsprechen annähernd 32 Tonnen Stoffstrom aus der Natur. Während in den ärmeren Entwicklungsländern der jährliche Stoffstromverbrauch pro Kopf 10-40 Tonnen beträgt, liegt er in den OECD-Ländern bei 800 Tonnen, darunter in den USA bei mehr als 1100 Tonnen. Der schnell steigende Verbrauch an Naturressourcen ist verbunden mit der Freisetzung von Schadstoffen wie Kohlendioxid, der Dissipation wertvoller Stoffe und der Erzeugung von Müllbergen. Vor allem werden Naturkreisläufe in einer Weise gestört, dass nun die Anzahl und die Schwere regionaler Katastrophen ansteigen.

In der Carnoules Deklaration von sechzehn internationalen Umweltexperten des Factor 10 Club im Jahre 1994 wurde angesichts der drohenden Zerstörung des Gleichgewichts der Naturkreisläufe gefordert, bis zum Jahre 2045, also in fünfzig Jahren den globalen Stoffstrominput des Wirtschaftssystems zu halbieren. Im Jahre 1990 betrug der globale Stoffstrominput 2512,5 Billionen Tonnen, pro Kopf der Weltbevölkerung 776 Tonnen. Der Primärenergieverbrauch lag bei 321,1 Exajoule EJ und pro Kopf 60,7 Gigajoule GJ. Das Verhältnis des Stoffstroms zum Primärenergieverbrauch betrug 7,82 kg / MJ. Im Jahre 2000 betrugen diese Werte 423,5 Exajoule EJ und 70,3 Gigajoule GJ. Es ist erschreckend, wenn die OECD in ihrem World Energy Outlook einen Anstieg des Primärenergieverbrauchs von 45 Prozent voraussagt.

Die Kehrseite des erwähnten schnellen Wachstums der Arbeitsproduktivität ist in den letzten Jahrzehnten die Stagnation der Ressourcenproduktivität, des Verhältnisses des Bruttoproduktionswerts in konstanten Preisen zum gesamten Stoffstrominput in Tonnen pro Jahr. Gleichzeitig sinkt die Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms, die Anzahl der Erwerbsarbeitsstunden je Tonne Stoffstrominput. Von 1960 bis 1990 war in der Bundesrepublik jährlich die Arbeitsproduktivität um 3,6 Prozent und die Ressourcenproduktivität nur um 0,3 Prozent gewachsen, während die Arbeitshaltigkeit um – 3,1 Prozent p. a. reduziert wurde. Bereiche hoher Arbeitshaltigkeit sind dagegen die Formen der Subsistenzwirtschaft, des ökologischen Landbaus, der kommunalen Verkehrssanierung, der Katastropheneinsätze und der besonders stoffsparenden Technologien, wie zum Beispiel der Mehrwegverpackung. Nachhaltigkeit heißt höhere Arbeitshaltigkeit des Stoffstroms, die ein soziales mit einem technisch-naturbezogenen Maß verknüpft. Diese Erkenntnis findet sich leider in keiner Publikation der Umweltexperten, auch nicht bei *Donella* und *Dennis Meadows*. Nur bei wachsender Arbeitshaltigkeit kann die Ressourcenproduktivität, wie es notwendig ist, schneller wachsen als die Arbeitsproduktivität und vice versa! Geht man von einem künftigen Wachstum der Weltproduktion in konstanten Preisen von 3,2 % p. a.

und einer notwendigen Halbierung des Stoffstrominputs aus, so kommt man zu einem erforderlichen Anstieg der Ressourcenproduktivität von 4,7 % p. a. Das entspricht dem Faktor 10 der Carnoules Deklaration, das heißt der zehnfachen Erhöhung der Ressourcenproduktivität in fünf Jahrzehnten. Bei einem Wachstum der Erwerbsarbeitszeit um 0,5 % p. a. wächst die Arbeitsproduktivität um 2,7 % p. a. und die Arbeitshaltigkeit steigt um 1,9 % p. a. Wenn es gelänge, dieses Programm zu realisieren, wäre es eine grundlegende Umsteuerung des globalen wirtschaftlichen Kreislaufs.

Stofflich-energetischer Kreislauf und Wertschöpfungskreislauf werden heute angetrieben durch die globale Maschine des Finanzkapitals, die auch zunehmend den Kreislauf des Realkapitals steuert. Genau dieser Kern der globalen Umweltproblematik wird bisher kaum thematisiert. Die beiden *Meadows* schreiben in ihrem Weltmodell von 1992 sogar: „Armut schafft Bevölkerung – Bevölkerung schafft Armut. Wenn das Kapital schneller wächst als die Bevölkerung, steigt der Lebensstandard der Menschen“ (Meadows 1992 S. 61). *Malthus* lässt grüßen. Bestenfalls wurden im vergangenen Jahrzehnt Steuerkonzepte diskutiert und versucht, die nur ein Palliativ sind, das für sich genommen nicht der Dimension des notwendigen sozialökonomischen Phasensprungs entspricht. Der Weg zu einer Wende im Verhältnis von Natur und Arbeit führt über die Entkopplung von Profitstreben und Naturressourcenverbrauch durch eine Reform der gesamten Regulierungsweise, über den sozialen Ausgleich, das Umsteuern der technischen Entwicklung und eine andere Lebensweise. Die Kernbewegungsgröße des Kapitalismus, die kapitalbezogene Profitrate hielt *Marx* für tendenziell fallend, in dem neuen Jahrhundert wird sie durch Überproduktion, Klimawandel, Vervielfachung regionaler und lokaler Naturkatastrophen, Versiegen natürlicher Vorräte, Vermüllung und Zunahme sozialer Katastrophen mit großer Wahrscheinlichkeit eindeutig fallend. Eigentlich ist sie es formal heute schon, wenn in dem Quotienten der Rate nur der Realprofit im Zähler und das Gesamtkapital im Nenner eingesetzt wird.

Literatur

- Ball, Philip: critical mass, how one thing leads to another. arrow books. The Random House Group. London 2004
- Brecht, Bertolt: Werke in fünf Bänden. Band 5 Schriften. Aufbau Verlag Berlin und Weimar 1973
- Claussen, Carsten P.; Hübl, Lothar; Schneider, Hans-Peter (Hrsg.): Zweihundert Jahre Geld und Brief. Fritz Knapp Verlag Frankfurt a. M. 1987
- Greider, William: Annals of Finance. The Price of Money. The New Yorker 9., 16., 23. November 1987
- Degler, Carl N.: The Age of the Economic Revolution 1876-1900 Scott, Foresman and Company. Glenview Illinois o. J.
- Haustein, Heinz-Dieter: Weltchronik des Messens. Universalgeschichte von Maß und Zahl, Geld und Gewicht. Walter de Gruyter Berlin New York 2001
- Haustein, Heinz-Dieter; Neuwirth, Erich: Long Waves in industrial production, energy consumption, innovations, inventions, patents and their identification by spectral analysis. Technological Forecasting and Social Change 22, 1982
- Haustein, Heinz-Dieter; Maier, Harry; Uhlmann, Luitpold: Innovation and Efficiency Research Report 81/7 International Institute for Applied Systems Analysis Laxenburg Austria 1981
- Haustein, Heinz-Dieter: Karl Marx und evolutorische Ökonomik. In: Warnke, Camilla; Huber, Gerhard (Hrsg.): Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Metropolis Verlag Marburg 1998
- Haustein, Heinz-Dieter: Vier Kreisläufe, Ressourcenproduktivität, Kilopreis und Ökopreis. Ökonomische Bewertung des MIPS-Konzepts des Wuppertalinstituts. Werkbericht 10.08.1990/2000 Wuppertal 1995
- Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus. (1909). Dietz Verlag Berlin 1955
- Keynes, John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money. (1936) Macmillan Cambridge University Press. 1981
- Kuczynski, Jürgen: Propheten der Wirtschaft. Studien zum Problem der Wirtschaftsprognose im Kapitalismus. Dietz Verlag Berlin 1970
- Kuczynski, Jürgen: Vom Zickzack der Geschichte. Letzte Gedanken zu Wirtschaft und Kultur seit der Antike. PapyRossa Verlag Köln 1996
- Lehner, Peter Ulrich: Eine kleine Geschichte des Geldes. 18 Fortsetzungsartikel in: mitbestimmung, zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt. Wien 2002-2005
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Band I-III. Dietz Verlag Berlin 1951
- Marx, Karl: Die Wirtschaftskrise in Europa. In Marx-Engels-Werke MEW Bd. 12 Dietz Verlag Berlin 1963
- Meadows, Donella H.; Meadows, Dennis L.; Randers, Jørgen: Die neuen Grenzen des Wachstums. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1992
- Mottek, Hans: Die Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus. Akademie-Verlag Berlin 1982
- North, Douglass C.: Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte. Tübingen 1988
- Schumpeter, Joseph A.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin 1964
- Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung. Aus dem Englischen von Thorsten Schmidt. Siedler Verlag Berlin 2002
- Veblen, Thorstein: Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen. (1899) Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt am Main 1993